

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Sie lesen auf Seite 554  
Henry A. Kissinger  
Auf der Suche nach Stabilität

G. F. HUDSON

## Mao, Marx und Moskau

Der nachstehende Artikel ist der Juli-Nummer 1959 der amerikanischen Monatsschrift „Foreign Affairs“ mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber entnommen worden.

Nach marxistischer Theorie schreitet die Menschheit in evolutionären Stadien auf einem vorbestimmten historischen Wege voran. Vom Feudalismus führt der Weg des Fortschritts zum Kapitalismus, dann zum Sozialismus und schließlich zum Kommunismus. Der wichtigste Unterschied, den die marxistische Theorie zwischen den beiden letzten Stadien feststellt, besteht darin, daß unter dem Sozialismus jedem eine „seiner Arbeit und Leistung angemessene“ Vergütung zuteil wird, während im Zeitalter des Kommunismus jeder „entsprechend seinen Bedürfnissen“ das Seine erhalten wird. Dieser Kommunismus im engeren Sinne kann nicht das unmittelbare Ziel einer kommunistischen Partei sein, wenn sie im Rahmen einer gesellschaftlichen und politischen Ordnung zur Macht kommt, die auf dem Privateigentum beruht. Unmittelbares Entwicklungsziel wird er vielmehr zwangsläufig erst in dem Augenblick, wenn die Partei den Anspruch erheben kann, eine „sozialistische Gesellschaftsordnung“ aufgebaut zu haben. Die russischen Kommunisten behaupten, wie Chruschtschow offiziell auf dem 21. Parteikongreß im Januar dieses Jahres bekanntgab, daß dieser Punkt jetzt in der Sowjetunion erreicht sei, und daß das sowjetische Volk „mit der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft in ein neues Stadium der historischen Entwicklung eingetreten ist, innerhalb dessen der Sozialismus in den Kommunismus übergeht“.

Chruschtschow war bei dieser Bekanntgabe jedoch vorsichtig genug hinzuzufügen, daß dieser Übergang ein „natürlicher historischer Prozeß ist, der nicht mit Absicht durchbrochen oder gar übersprungen werden kann“. Diese Warnung richtete sich zweifellos an „einige Genossen“ in der Sowjetunion, die seiner Darstellung nach fragen, warum es nicht möglich sei, die kommunistische Gesellschaftsordnung schneller herbeizuführen. Bedenkt man aber den Umstand, daß dieser Kongreß weniger als sechs

Monate nach der offiziellen Gründung von Volkskommunen in Rotchina stattfand, so muß diese Warnung auch als ein deutlicher, an die Adresse der kommunistischen Partei Rotchinas gerichteter Verweis aufgefaßt werden, eben weil diese versuchte, noch vor der Sowjetunion eine neue Institution zu schaffen, die dazu bestimmt ist, den „Grundbestandteil“ einer zukünftigen kommunistischen Gesellschaftsordnung abzugeben. Es ist wahr, daß Chruschtschow gleichzeitig erklärte: „Wir sind mit der kommunistischen Bruderpartei in China voll und ganz einer Meinung, obwohl die dort zum Aufbau des Sozialismus angewandten Methoden in vieler Hinsicht von den unseren abweichen“. Es trifft ebenfalls zu, daß Tschu En-lai in seiner Ansprache als Delegierter des chinesischen Brudervolkes auf diesem Kongreß nur vom „Aufbau

des Sozialismus“ in China sprach und die weiteren Ansprüche und Ziele, welche die Chinesen mit der Gründung der Volkskommunen verbunden hatten, nicht erwähnte. Dennoch hat die Schaffung der chinesischen Volkskommunen zum ersten Male zwischen der Sowjetunion und China eine Streitfrage entstehen lassen, und das nicht etwa auf Grund eines Zusammenstoßes nationaler Interessen, sondern als Folge einer Rivalität um den Vorrang im Fortschritt bei der Verwirklichung des gemeinsamen ideologischen Zieles der beiden kommunistischen Staaten. Diese Situation zwang die Welt zum ersten Male zu der Erkenntnis, daß das kommunistische China gegenüber den demokratischen und liberalen Werten des Westens eine extremere und kompromißlosere Haltung eingenommen hat als die Sowjetunion.

### Milde Form des Kommunismus?

Als Mao Tse-tung, 32 Jahre nach der bolschewistischen Machtergreifung in Rußland, in Peking seine Zentrale Volksregierung errichtete, gab es viele unter den Beobachtern und Kennern fernöstlicher Entwicklungen und Probleme, die voraussagten, daß die Chinesen mit ihrem starken Nationalstolz, ihrem Selbstgefühl als eines der ältesten Kulturvölker und ihrem Bewußtsein, das an zahlenmäßiger Bevölkerung stärkste Volk der Erde zu sein, sich sehr bald von der russischen Führung lösen und eine eigene Linie in der Theorie und Praxis jenes ideologischen Glaubens einschlagen würden, den sie auf dem Wege über Moskau aus Europa bezogen hatten. Die allgemein vertretene Ansicht aber war die, daß eine chinesische Abwandlung des Marxismus-Leninismus vernunftgemäßer, zurückhaltender, humaner sein würde als seine russische Version. Nicht aber hatte man vorausgesehen, daß die Chinesen daraus eine eher noch fanatischere, intolerantere und rücksichtslosere Form entwickeln würden.

Die Ansicht, daß die chinesischen Kommunisten eine ziemlich milde Form der marxistisch-leninistischen Doktrin verträten, wurde allerdings lange Zeit durch den äußeren Anschein gestützt. Die von den Chinesen, während der in den ländlichen Gebieten langen Guerilla-Phase ihrer kommunistischen Bewegung, verfolgte Taktik ließ viele Menschen im Westen glauben, die Chinesen seien überhaupt gar keine „wirklichen“ Kommunisten sondern lediglich „Agrarreformer“, und ebenso erschienen sie im Lichte ihres späteren zeitweiligen Wohlwollens gegenüber der „nationalen Bourgeoisie“ mehr als Sozialdemokraten denn als Bolschewisten. Die erschreckenden Massenverurteilungen von „Konterrevolutionären“ im Jahre 1952 waren dann allerdings eine unliebsame Enthüllung der Fähigkeit des Regimes zur Terrorherrschaft. Immerhin konnte man aber diese Erscheinung noch als besondere Phase infolge des Korea-Krieges ansehen. In den Jahren von 1953 bis 1958 waren dann auch Entwicklungen festzustellen, die allgemein als Zeichen einer

verhältnismäßig liberalen Grundströmung im chinesischen Kommunismus gedeutet wurden. Die Kollektivierung auf dem Lande wurde anscheinend ohne jede Spannung und Gewalt durchgeführt, die zweieinhalb Jahrzehnte zuvor ihre zwangsweise Einführung in Rußland gekennzeichnet hatten. Die Enteignungen privater Handels- und Industrieunternehmungen wurden auf eine Weise durchgeführt, die für die früheren Eigentümer nur ein Minimum an Härte und wirtschaftliche Entwurzelung mit sich zu bringen schien. Ähnlich ging es auch mit der Intelligenz, der mit der Verkündung des Grundsatzes der „hundert Blumen“ wenigstens dem Namen nach das Recht der Redefreiheit zugestanden worden war. Anfang 1957 verursachte Mao-Tse-tung eine Sensation mit seiner zuerst innerhalb der Partei bekannt gemachten und später dann veröffentlichten Rede, in der er unterscheidet zwischen „Gegensätzen unter Feinden“ und „Gegensätzen innerhalb des eigenen Volkes“, die „nicht antagonistisch“ seien und ohne Anwendung von Zwangsmaßnahmen gelöst werden sollten.

Das Jahr 1958 zeigte jedoch eine außerordentliche Intensivierung des revolutionären Eifers in China mit dem dazugehörigen Druck auf die Massen des Volkes im Namen des „großen Sprunges nach vorwärts“: eine ungeheure Mobilisierung von Arbeitskräften nach Art militärischer Aushebungen, Einmischung in das Familienleben in einem nie zuvor dagewesenen Ausmaß und große Anstrengungen, die Zahlung von Löhnen und Gehältern in Geld durch die „freie Ausgabe“ von Nahrungsmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern zu ersetzen. Dieser Drang zur schnellen Steigerung der Produktion wurde von einer wahren Sintflut an Propaganda und Ermahnungen, von

## Ernüchterung hier — revolutionärer Eifer dort

Um zu verstehen, wie es dazu kam, ist es notwendig, sich immer den Generationsunterschied zwischen Rußland und China als kommunistisch regierte Staaten vor Augen zu halten. Das russische Volk steht seit 41 Jahren unter kommunistischer Herrschaft seit der Oktoberrevolution — oder seit 38 Jahren, wenn man den Beginn des Regimes vom Ende des Bürgerkrieges an rechnet. So besteht die große Masse des russischen Volkes heute aus Männern und Frauen, die unter dem sowjetischen System aufgewachsen und nach seinen Grundsätzen erzogen worden sind, die nie andere Lebensbedingungen gekannt haben und die ihre jetzigen Lebensumstände mehr oder weniger als gegeben hinnehmen. Das gleiche gilt für die Parteiführer. Die „alten Bolschewisten“ sind fast ganz ausgestorben. Die Wirkung der natürlichen Sterblichkeit wurde durchschlagend verstärkt durch die Liquidierung im Gefolge von Stalin's Säuberungsaktionen. An die Stelle der alten Bolschewisten traten Männer einer neuen Generation, für die das sowjetische System immer die begründete Ordnung der Dinge und die Mitgliedschaft in der Partei der eine und einzige Weg zu einer erfolgreichen Karriere gewesen war. Männer, die auf diese Weise an die Spitze gelangten, mögen an die Wahrheit der

rücksichtsloser Ausweitung der gesteckten Ziele und Verschärfung der Anforderungen und von einer drastischen Unterdrückung jedes Anzeichens einer Opposition oder eines Widerstandes begleitet. Außenpolitisch kennzeichnete sich der neue Kurs durch bemerkenswerte Manifestationen von unversöhnlicher Härte und Gewalt — so in der Kampagne gegen den Titoismus, die weit über das Maß der erneuten feindseligen Haltung der sowjetischen Regierung gegen Jugoslawien hinausging, ferner in der chinesischen Intervention, die das Projekt einer Gipfelkonferenz über Mittelost-Angelegenheiten „im Rahmen“ der Vereinten Nationen durchkreuzte, und nicht zuletzt in den militärischen Aktionen gegen Quemoy kurz nach Chruschtschows Besuch in Peking. Gegen Ende des Jahres ließ das Tempo dieser Entwicklung etwas nach. In der über die Sitzung des Zentralkomitees in Wuhan veröffentlichten Resolution wurde das ursprüngliche Programm für die Volkskommunen etwas gemildert und den lokalen Kadern ein Verweis erteilt, weil sie über die Instruktionen hinausgegangen waren, während die Offensive gegen Quemoy in sich zusammenbrach, hauptsächlich deswegen, weil es den Kommunisten nicht gelungen war, den mit amerikanischem Material ausgerüsteten Nationalchinesen die Luftherrschaft abzurufen. Aber das kommunistische China bekannte sich nach wie vor zu den Volkskommunen als System wirtschaftlicher und administrativer Organisation und damit zu einer Periode übermenschlicher Anstrengungen, Opfer und disziplinarem Zwang für das gesamte chinesische Volk zugunsten einer auf Höchsttoure laufenden Industrialisierung. Gleichzeitig aber auch lag in dieser Situation der Keim zu einer Diskrepanz und zu einem möglichen Konflikt mit der Politik von Moskau.

Doktrin glauben, die man sie lehrte, sie mögen ein starkes Gefühl dafür haben, daß die Aufrechterhaltung der Diktatur der Partei ihr festbegründetes Recht ist. Ihre Ansicht über die Weltpolitik mag durch die grundlegende marxistisch-leninistische Konzeption des unversöhnlichen Klassenkampfes bedingt sein, aber man kann von ihnen nicht die revolutionäre Leidenschaft und Glut derer erwarten, die ursprünglich die Revolution gemacht haben.

Erst kürzlich haben Kenner der russischen Verhältnisse das Schwinden des alten Fanatismus und dafür die Ausbreitung einer Stimmung festgestellt, die nicht so sehr Unzufriedenheit als zynische Ernüchterung gegenüber dem Regime widerspiegelt. Die Voreingenommenheit, mit der Arbeitsplatz und Einkommen beurteilt werden, steht durchaus im Zeichen bourgeoisen Geistes.

Chruschtschow mag von der Wiederbelebung des Leninismus und vom Übergang zur höheren Stufe der wahren kommunistischen Gesellschaft sprechen, aber es gibt kaum Anzeichen dafür, daß die oberen und mittleren Schichten der neuen sozialen Ordnung eine Utopie vollkommener Gleichheit und kollektiven Lebens herbeisehnen. Sie sind viel mehr damit beschäftigt,

die Erfolgsleiter unter einem quasi kapitalistischen Anreizsystem emporzusteigen und für sich selbst in ihren Familien die guten Dinge des Lebens zu erlangen. Starrsinnige „Idealisten“ mag es geben, und man wird sie hauptsächlich unter jungen Menschen finden, die die Weltanschauung, in der sie offiziell unterwiesen wurden, ernst nehmen, aber gleichzeitig sehen müssen, daß die Älteren nicht danach leben.

Im Gegensatz dazu wird China noch von den Glut und Qualen einer wahrhaft revolutionären Epoche beherrscht. Einerseits standen die erwachsenen Chinesen im weitaus größeren Teil des Landes während einer Zeit von mehr als zehn Jahren nicht unter kommunistischer Herrschaft. Sie machen ein großes Maß an Überredung, Doktrinpropaganda und Druck erforderlich, um sie den Zwecken ihrer Machthaber gefügig zu machen. Andererseits brennt unter den Kommunisten selbst immer noch das Feuer des revolutionären Eifers mit heißer und verzehrender Flamme.

Die meisten Führer an der Spitze und in den wichtigen örtlichen Kadern sind Veteranen der Tage von Kiangsi und Yenan, welche die Risiken und Strapazen von Untergrundverschwörung und Bürgerkrieg gemeinsam trugen. Ihr Führer ist Mao Tse-tung, der seit 1935 an der Spitze der Partei steht und der sie im Jahre 1945 zur endgültigen Eroberung des chinesischen Festlandes führte. So wird das kommunistische China von Männern der eigentlichen revolutionären Generation beherrscht und nicht von deren Nachfolgern. Die Analogie besteht nicht mit dem Rußland Chruschtschows sondern mit dem Rußland der zwanziger Jahre.

Im gleichen Sinne entspricht der „große Sprung nach vorwärts“ des heutigen China den gewaltigen wirtschaftlichen Anstrengungen der Sowjetunion unter dem ersten Fünfjahresplan, als die Russen, nach den Worten eines ausländischen Beobachters jener Zeit, „sich selbst groß hungerten“. Diese Analogie ist kein Zufall. Sie ergibt sich zwangsläufig aus der inneren Notwendigkeit für ein kommunistisches Regime in einem wirtschaftlich unentwickelten Land, innerhalb weniger Jahre nach der Machtergreifung, einen entscheidenden „Durchbruch“ in Richtung auf die Industrialisierung zu erzwingen. Je weiter die Wirtschaft eines Landes hinter dem allgemeinen Fortschritt der industrialisierten Staaten hinterherhinkt, umso größer sind die erforderlichen Anstrengungen. Die Bemühungen zur Beschleunigung dieser wirtschaftlichen Entwicklung in einem kommunistischen Staat können nicht dem angehäuften Privatkapital überlassen bleiben, da die Bourgeoisie entweder beseitigt oder auf Lebensbedingungen zurückgeworfen wird, unter denen sie keinen Anreiz für zielbewußtes Sparen oder Kapitalanlage mehr hat. Ebensowenig kann sich der Staat auf internationale Kapitalinvestitionen und Anleihen außer von anderen kommunistischen Staaten verlassen. Diese Aufgabe kann nur mit Mitteln in Angriff genommen werden, die dem laufenden Einkommen entzogen werden, und das schließt notwendigerweise für das gesamte Volk eine Periode von Anstrengungen, Opfern und schlechtbezahlter Arbeit ein.

Eine kommunistische Regierung wäre überflüssig, wenn sie ein zu großartiges wirtschaftliches Aufbauprogramm sofort nach der Machtergreifung in Angriff nähme. Sie braucht Zeit, um sich zu konsolidieren, die Reorganisation der Verwaltung und die Ausbildung von Kadern durchzuführen. Inzwischen kann sie durch bloße Wiederherstellung von Frieden und Ordnung nach einer Periode von Kriegen nach außen und im Innern einen gewissen Grad an Wohlstand sicherstellen. Auf der anderen Seite ist es aber für eine kommunistische Regierung gefährlich, ihren großen Stoß nach vorn zu lange aufzuschieben, denn das führt entweder zu einer Stagnation oder zur Wiederbelebung des Kapitalismus, was beides schließlich Enttäuschung und Absinken der Moral innerhalb der Partei zur Folge haben würde.

Im Verlaufe einer Zeitspanne von zehn Jahren etwa nach Beginn der Revolution muß die Partei daher den Durchbruch zur Industrialisierung erkämpfen. Intensive Propaganda ist

## Umformung des Menschen erst in der Volkskommune

Es gibt zwei bemerkenswerte Unterschiede zwischen der jetzigen Phase in China und dem Rußland von 1928–1933. Der erste ist, daß der Gründer des sowjetischen Regimes starb, noch ehe die russischen Kommunisten sich mit der Existenzfrage der Industrialisierung auseinandersetzen mußten. Wäre Lenin am Leben geblieben, so würde er wahrscheinlich weniger schwerfällig als Stalin bei der Kollektivierung der Bauernschaft vorgegangen sein, aber die Anfangsjahre der industriellen Planung hätten im wesentlichen kaum einen anderen Charakter getragen. In China hat Mao Tse-tung seit den Tagen des Aufstandes und des Guerillakrieges in entfernter bäuerlichen Gegenden bis zur gigantischen, gesamt-nationalen Mobilisierung, die China zu einem hochindustrialisierten Land im Laufe weniger Jahre umformen soll, ununterbrochen die Führung persönlich in der Hand. Der chinesische Lenin ist zum Stalin geworden.

Der andere Unterschied liegt darin, daß die soziale Krise in China nicht im Zusammenhang mit der Kollektivierung, sondern mit der Einrichtung der Volkskommunen aufgetreten ist. Aber der Gegensatz hier besteht mehr dem Anschein als der Realität nach, weil die Bauern in China weniger bei der vorangegangenen Kollektivierung, als vielmehr erst bei der Gründung der Volkskommunen jenen Härten und Zwangsmaßnahmen ausgesetzt waren, welche die Entwicklung in Rußland zu Ende der zwanziger Jahre kennzeichneten. Erst kürzlich wurde es noch als eine beachtliche Leistung der chinesischen Kommunisten angesehen, daß es ihnen gelungen war, die Kollektivierung zu bewerkstelligen, ohne den allgemeinen heftigen Widerstand auszulösen, auf den man seinerzeit in Rußland gestoßen war. In der Tat sind die Chinesen bei der Einführung des Kolchosensystems auch viel weniger abrupt vorgegangen als seinerzeit die Russen. Die Bauern wurden durch eine Reihe von Übergangsstadien vom Privateigentum zum Kollektivsystem geführt. Eine Fülle verschiedener Anreize wurden gebo-

nötig, um das Volk von dem Nutzen zu überzeugen, der ihm in Zukunft erwachsen wird, wenn es in der Gegenwart nur willig seine Opfer bringt. Trotz allem wird es unvermeidbar Unzufriedenheit geben. Sie muß rücksichtslos unterdrückt werden. Die Parteidisziplin muß gestrafft und unter allen Anhängern eine militante, fanatische Begeisterung geweckt werden, wenn die von den Führern gesteckten Ziele erreicht werden sollen. In diesem Stadium ist die Kollektivierung der Landwirtschaft unbedingt erforderlich, nicht nur weil die Parteiunternehmen in allen Zweigen der Wirtschaft liquidiert werden müssen, sondern weil aus den Bauern die Nahrungsmittel für die Versorgung der Stadtbevölkerung herausgepreßt werden müssen. Was sich in einer solchen Phase abspielt, ist eine Revolution von oben, nicht eine Erhebung des Volkes. Die Massen werden mehr mitgeschleift als geführt, aber der revolutionäre Elan und militante Glauben innerhalb der Partei selbst werden aufs höchste gesteigert.

ten, um die Kollektivwirtschaften gleich von Anfang an für diejenigen anziehend zu machen, denen in Wirklichkeit ihr eigenes Land weggenommen wurde. Aber diese verhältnismäßig schmerzlose Enteignung hatte den Nachteil, daß sie den Bauern nicht genügend zu dem umformte, was das große Projekt der Industrialisierung von ihnen verlangte, ein Sklave zu sein, der unter kümmerlichsten Lebensbedingungen den Acker bebaut, um das ungeheure industrielle Gebäude zu stützen, das über seinem Kopf errichtet wird. Diese endgültige Umformung wurde erst durch die Einführung der Volkskommunen erreicht.

In den Volkskommunen ist man selbstverständlich weiter gegangen als es bei der russischen Kollektivierung je der Fall war. Durch die Verschmelzung bäuerlicher Wirtschaftseinheiten mit der lokalen staatlichen Verwaltung, durch die Einführung einer Art militärischer Disziplin für die Angehörigen der Volkskommunen und durch die Arbeitszuweisung in Landwirtschaft, Industrie oder auf dem Bau-sektor je nach Erfordernissen der Planer haben die kommunistischen Machthaber in China ein

## Großangriff auf den Titoismus

Die chinesische Kampagne gegen den Revisionismus seit der Mitte des Jahres 1957 hat ihre Wurzeln in der Innenpolitik — in der scharfen Wendung gegen die „bourgeois Rechtskreise“ in China, nachdem während der Periode einer gewissen Redefreiheit das „giftige Unkraut“ stark um sich gegriffen habe. Die bourgeois Rechtskreise wurden als Sprößlinge des weltweiten häretischen Revisionismus hingestellt, der sein Hauptquartier in Belgrad habe. Unter den Mitläufern der kommunistischen Partei und sogar unter den Parteimitgliedern selbst gab es mit Sicherheit eine ganze Reihe von Bewunderern Titos, und so war es notwendig im Rahmen der Vorbereitungen für den „großen Sprung nach vorwärts“ den Titoismus zu diskreditieren und jeden Zweifel an der Richtig-

Ausmaß an Kontrolle über die ihr zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte gewonnen, wie es noch nicht einmal Stalin zustande gebracht hat. Weiterhin stellt der Versuch, die Warenverteilung an die Angehörigen der Volkskommunen — das System der sogenannten „freien Abgabe“ — zur eigentlichen Form der Entlohnung für die Kommunenangehörigen zu machen, einen ehrgeizigen Schritt zum geldlosen Utopia des reinen Kommunismus dar. Dies geschieht außerdem zu einer Zeit, in der in Rußland die Strömung gerade umgekehrt läuft, nämlich in Richtung auf größere Bareinkommen für die Kolchosbauern.

Mit allen diesen Aktionen war von Seiten der chinesischen Machthaber nicht notwendigerweise die Absicht verbunden, die Sowjetunion herauszufordern oder eine Politik der Rivalität mit Moskau zu entwickeln. Aber daß sich in China Formen der kommunistischen Praxis herausbilden, die von denen in Rußland abweichen, und die — zumindest äußerlich — dem letzten marxistischen Ideal näher kommen als die russischen, muß auf jeden Fall die Männer im Kreml beunruhigen und sich störend auf ihre Beziehungen zu anderen kommunistischen Parteien auswirken.

Hand in Hand mit der Politik des „großen Sprunges nach vorwärts“ geht zudem eine geistige Exaltation, in der sich die chinesischen Kommunisten geradezu für die auserwählten Bewahrer der orthodoxen marxistisch-leninistischen Lehre halten. Diese Tendenz dürfte an sich nicht zu Spannungen in den Beziehungen zu Moskau führen; im Gegenteil, sie veranlaßt die Chinesen, besonderen Nachdruck auf die Notwendigkeit einer internationalen Solidarität der kommunistischen Staaten und auf das Vorrecht der Sowjet-Union als Führer dieses Blocks in der Weltpolitik zu legen — eine Haltung, die doch eigentlich die ehrgeizigen Erwartungen der sowjetischen Machthaber voll und ganz befriedigen müßte. Diese Unterwerfung unter den Primat Rußlands ist jedoch abhängig von Moskaus Festhalten an der doktrinären Orthodoxie, wie sie von den Chinesen verstanden wird. Sie beruht auf der Voraussetzung, daß Rußland sich aktiv allen Formen der Häresie und besonders dem „Revisionismus“ widersetzen wird.

keit und Weisheit des von China eingeschlagenen Kurses zu beseitigen. Natürlich war es unmöglich, einen Großangriff auf den Titoismus zu starten, ohne dabei wenigstens indirekt Chruschtschow bloßzustellen, eben wegen dieser Situation, zu der es in der kommunistischen Welt gekommen war. Hatte nicht Chruschtschows bedenkenlose Handlungsweise der Rehabilitation Titos ohne entsprechende Bedingungen die jugoslawische Abweichung erst hoffähig gemacht? Waren nicht dadurch die orthodox linientreuen Verfechter des Marxismus-Leninismus in Verwirrung gestürzt und die überaus wichtige Grenze zwischen der reinen Lehre und dem Revisionismus verwischt worden?

Die chinesischen Kommunisten hatten bezüglich Titos immer treu die Linie der Kominform

seit Stalins Bruch mit ihm im Jahre 1948 eingehalten. Sie verstanden sich auch — allerdings ohne Begeisterung — zu Chruschtschows Einlenken in Richtung auf eine Versöhnung, obwohl man sie vorher nicht zu Rate gezogen hatte. Als aber offenbar wurde, daß Tito selbst auf das Verzeihen Rußlands hin seinen Weg nicht ändern würde, nahm die chinesische Haltung ihm gegenüber immer kritischere Formen an. Das Ausmaß der chinesischen Initiative beim Wiederaufflackern der Feindseligkeiten des kommunistischen Blocks gegenüber Jugoslawien im Frühjahr 1958 mag umstritten sein, sicher aber ist, daß die Chinesen heftiger polemisierten und sich kompromißloser zeigten als die Russen. Obgleich man von Chruschtschow sagt, er habe Tito gewarnt, daß, wenn Tito auf seiner Einstellung zur Sowjetunion bestehe, er gezwungen sein würde, politisch gegen ihn Front zu machen, war es doch schwierig für Chruschtschow zugeben zu müssen, daß seine Politik zur Unterwerfung Titos versagt hatte. Bis zur elften Stunde gab er Tito Gelegenheit zum Widerruf. Als die sowjetische Presse dann schließlich Tito anzugreifen begann, schien sie lediglich in die Fußstapfen der schon eher erfolgten und stärkeren chinesischen Attacke zu treten. Wieder einmal wurde zwischen Orthodoxie und Häresie eine klare Trennungslinie gezogen, und dieses Mal hatte es den Anschein, als ob nach einer Periode sowjetischen Opportunismus' und Unentschiedenheit der doktrinäre Eifer der Chinesen den Sieg davongetragen hätte.

Die neue Kampagne gegen Tito war, obgleich sie die Verhältnisse im internationalen Feld mit beeinflusste, doch eine interne Angelegenheit in der kommunistischen Welt und berührte nicht direkt die Beziehungen Rußlands oder Chinas mit dem Westen. Aber auch in diesem Rahmen traten im Verlauf des Jahres 1958 schon Anzeichen auf, die darauf hindeuteten, daß Rußland von China zu einer härteren und aggressiveren Politik gedrängt wurde, als der Kreml sie selbst zu verfolgen geneigt war. Während der Krise im Mittleren Osten im Juli 1958 war die Sprache Pekings viel heftiger und leidenschaftlicher als die Moskaus, und die chinesische Drohung, den Arabern „Freiwillige“ zur Hilfe zu schicken, wurde von der Sowjetunion nicht unterstützt. Natürlich ließe sich zur Erklärung dagegen damit argumentieren, daß die Chinesen, weit entfernt vom Kriegsschauplatz, es sich leisten konnten, stärkere Töne anzuschlagen als die Russen, deren enge Nachbarschaft zu Syrien und dem Irak einige Vorsicht geraten scheinen ließ, wenn sie sich nicht selbst in eine Position hinein manövrieren wollten, aus der sie sich nicht ohne schweren Verlust an Prestige wieder hätten zurückziehen können.

Die aggressive Haltung Chinas beschränkte sich jedoch nicht auf leere Gesten der Feindseligkeit gegen die USA und Großbritannien wegen ihrer angeblichen imperialistischen Angriffshandlung im Mittleren Osten. Kaum war die Krise in Libanon und Jordanien abgeklungen, als eine neue, diesmal hervorgerufen durch

das Bombardement auf Quemoy, aufflackerte. Das geschah kurz nach Chruschtschows Besuch in Peking, der — obgleich man die Gründe dafür nicht genau kennt, höchstwahrscheinlich durch einen chinesischen Protest gegen die Art des russischen Vorschlages, die Lösung der Krise im Mittleren Osten im Rahmen einer Gipfelkonferenz zu suchen, veranlaßt worden war. Indien sollte daran teilnehmen aber nicht China; und wenn der Sicherheitsrat noch mit einbezogen worden wäre, was damals möglich schien, dann hätte die Regierung von Formosa als Repräsentant Chinas teilgenommen. Man kann mit gutem Grund annehmen, daß Chruschtschow, um einen verärgerten Mao zu besänftigen, einer militärischen Aktion gegen Quemoy seine Unterstützung zusagte. Auf jeden Fall gewährte die Sowjetregierung in der Folge dem kommunistischen China in diesem Falle volle diplomatische Unterstützung, ja Chruschtschow ging so weit, Präsident Eisenhower jenen Drohbrief zu schicken, dessen Annahme dann Eisenhower verweigerte. Das Quemoy-Scharmützel entwickelte sich nicht zu einem größeren Zusammenstoß. Nichtsdestotrotz bedeutete es eine ernsthafte militärische Herausforderung, denn wenn die Ereignisse jenen Verlauf genommen hätten, den man zu Beginn der Krise erwarten mußte, wäre Quemoy ganz vom Nachschub zu Wasser und zur Luft abgeschlossen und allmählich für eine Eroberung durch direkten Sturmangriff reif geworden. Die Vereinigten Staaten hätten sich dann der kritischen Entscheidung gegenübergesehen, entweder direkt zur Rettung der Insel einzugreifen oder ihren Fall hinzunehmen mit allen daraus folgenden katastrophalen Auswirkungen auf die Moral der Nationalchinesen und der anderen Asiaten, die in Amerika ihre Schutzmacht sehen. Daß dieser kritische Punkt nie erreicht wurde, ist dem unerwartet wirkungsvollen Auftreten der nationalchinesischen Luftwaffe mit ihrer neuen amerikanischen Ausrüstung und den großen Verbesserungen im System der Nachschubkonvois zu verdanken, die von den Nationalchinesen mit amerikanischer technischer Beratung durchgeführt worden waren. Dennoch muß klar erkannt werden, daß die chinesischen Kommunisten zu diesem Zeitpunkt bereit waren, den Ausbruch offener Feindseligkeiten mit den USA zu riskieren.

Ehe nicht klar ist, wie sich die Sowjetunion in der Berlin-Frage in den nächsten paar Monaten verhalten wird, läßt sich nichts mit Sicherheit darüber sagen, ob die chinesische Außenpolitik in ihrer gegenwärtigen Phase aggressiver ist als die russische. Aber es kann gar keinen Zweifel geben daran, daß Peking zur Zeit als Hilfe bei der Durchführung seiner inneren Politik auswärtige Spannungen viel nötiger braucht als Moskau. Die Mittelost- und Formosakrise im letzten Jahr wurden in China bis zum letzten ausgeschlachtet, um anti-imperialistische Gefühle aufzuputschen, gleichzeitig eine Atmosphäre der Gefahr für die Nation zu schaffen und das ganze Volk hinter die Regierung zu bringen.

Während der Krise in Libanon und Jordanien wurden überall in China Massendemonstra-

tionen organisiert, besonders vor der britischen Botschaft in Peking, um gegen die westlichen Aktionen zu protestieren, die als Teil einer imperialistischen Verschwörung gegen alle asiatischen Völker hingestellt wurden. Nach Ausbruch der Quemoykrise wurde die gespannte Lage als Vorwand für die Einrichtung eines Milizsystems in allen Volkskommunen benutzt, das theoretisch aus jedem Mann einen Soldaten für die lokale Verteidigung gegen einen Angriff von außen machen sollte. In Wirklichkeit aber wurde das Tragen von Waffen normalerweise auf ausgewählte Gruppen von solchen jungen Leuten beschränkt, die für politisch zuverlässig angesehen wurden. Ihr Auftrag lautete, etwaige aufflackernde Widerstände in den Dörfern zu unterdrücken. Die Militarisierung der Masse der bäuerlichen Bevölkerung bestand hauptsächlich darin, sie in ihrer gewöhnlichen Tagesarbeit einer militärischen Disziplin zu unterwerfen. Sie wurden mit Signaltrompeten zur Arbeit gerufen und marschierten in militärischer Formation auf die Felder und nach Hause. Ein Regierungserlaß im September forderte ausdrücklich, den Ablauf des Wirtschaftslebens mit den Vorbereitungen für einen Krieg zu verbinden.

*„Der Volkskongreß hat alle Schichten der Bevölkerung aufgerufen, als Antwort auf die imperialistischen Winkelzüge und Provokationen alle Kräfte zu mobilisieren. Unsere fünfhundert Millionen Bauern müssen bereit sein, diesem Aufruf Folge zu leisten. Sie müssen gleichzeitig eine starke Organisation der Landwirtschaft aufbauen und daneben schlagkräftige Milizabteilungen zur Verteidigung der Heimat aufstellen.“<sup>1)</sup>*

Man mag hierbei anführen, die Verschärfung außenpolitischer Konflikte sei so offensichtlich auf Förderung innenpolitischer Ziele angelegt, daß eine ernsthafte Bedrohung des Weltfriedens damit nicht verbunden sein könne. Dagegen muß jedoch klar festgestellt werden, daß die Formosafrage für das Regime von lebenswichtiger Bedeutung bleibt, denn es kann sich nicht sicher fühlen, solange es von einer anderen chinesischen Regierung auf chinesischem Boden bedroht wird. Je größer — durch die harten Maßnahmen in der augenblicklichen Phase des Kommunismus — die Unruhe im Inland wird, umso notwendiger ist es für Mao Tse-tung, die Nationalchinesen auf ihrer Insel festung zu vernichten. Es sind Anzeichen vorhanden, die auf Vorbereitungen zu einer neuen und stärkeren Offensive gegen Quemoy hindeuten, der sicherlich ein Angriff auf Formosa selbst folgen wird. Eine solche Aktion könnte gut in dem Augenblick erfolgen, wenn sich die europäischen Angelegenheiten in einer Krisensituation befinden, weil die Lösung der Berlinfrage in eine Sackgasse geraten ist. Die sowjetische Regierung könnte die Chinesen zu einer militärischen Aktion im fernen Osten ermuntern, um ein Mittel zur Ablenkung und Spal-

1) New China News Agency, Sept. 9, 1958.

tung der Westmächte zu haben, die sich in der Formosafrage noch viel uneiniger sind als in europäischen oder Mittelostfragen. Ebenso aber können sich wiederaufflackernde Feindseligkeiten im fernen Osten auch weiter entwickeln als es die Sowjetunion wünscht oder beabsich-

## Bedrohung des sowjetischen Prestiges

In der Frage der Volkskommunen scheinen Rußland und China zu einem *modus vivendi* gelangt zu sein, jedoch ohne eine wirkliche Übereinstimmung in den Grundfragen. Das sowjetische Mißfallen über die neue chinesische Linie und der darin beschlossenen ideologischen Zwistigkeiten wurde im Verlauf der letzten Monate des Jahres 1958 deutlich, als sich die sowjetische Presse in beredter Weise jeden Kommentars enthielt, die Sowjetführer aber ihre Ablehnung in privaten oder halbamtlichen Gesprächen zum Ausdruck brachten. Chruschtschow erklärte gegenüber Senator Humphrey, die chinesischen Volkskommunen seien „altmodisch“, und auch Mikojan verbreitete sich auf seiner Reise durch die USA über dieses Thema während eines Seminars an der Universität von Kalifornien. Er sagte, daß die Russen schon in den Jahren 1918 und 1919 Versuche mit solchen Kommunen gemacht hätten, dabei habe es sich aber herausgestellt, daß die Kommunen ohne eine Wirtschaft des Überflusses, die noch nicht einmal die Sowjetunion erreicht habe — geschweige denn China — nicht funktionierten. Bis zu einem gewissen Grade wurden auch die Chinesen durch ihre Erfahrungen ernüchtert, wie die Resolution des Zentralkomitees im Dezember anzeigt, als man

tigt. Selbst wenn die Russen zur Zurückhaltung mahnten, könnten die Chinesen darauf spekulieren, daß Moskau sie schon aus dem Grunde unterstützen muß, um eine Niederlage zu vermeiden, die den Zusammenbruch des Regimes zur Folge haben könnte.

einige Kader beschuldigte, „erfolgstrunken“ zu werden — die gleichen Worte, die Stalin im März 1930 während der Krise anlässlich der zwangsweisen Kollektivierung in Rußland gebrauchte. Das Komitee warnte auch vor Überarbeitung und zu starker Einmischung in das Familienleben in den Volkskommunen. Diese Resolution hat man als „wesentlicher Rückzug an zwei Fronten — in der Praxis vor den chinesischen Bauern, und in der Ideologie vor der sowjetischen Kritik“ — bezeichnet.<sup>2)</sup>

Die etwas abgekühlte Stimmung der chinesischen Kommunistenführer spiegelte sich auch in der Rede Tschu En-lai's wider, die er als Delegierter der chinesischen kommunistischen Bruderpartei auf dem 21. sowjetischen Parteikongreß hielt. Er sagte darin nichts, was seine russischen Gastgeber in irgend einer Weise hätte provozieren können. Es blieb auch nicht unbenutzt, daß kurz darauf Peking ein Abkommen über die größte Wirtschaftshilfe, die China bisher von der Sowjetunion erhalten hat, bekanntgeben konnte, und es ist durchaus möglich, daß diese Wirtschaftshilfe von einer Verbeu-

2) Richard Löwenthal, in „Shifts and Rifts in the Russo-Chinese Alliance“, *Problems of Communism*, Jan.-Febr. 1959, p. 23.

gung Rotchinas vor der „fortgeschritteneren“ sozialen Entwicklung Rußlands abhängig gemacht worden ist. Chruschtschow konnte auf dem Kongreß — ohne einen Widerspruch — erklären, die Sowjetunion sei das erste Land, das nun in die Phase des Übergangs zum Kommunismus eintrete, und das Phänomen der chinesischen Volkskommunen — ohne sie namentlich zu nennen — herablassend als Chinas „Besonderheiten in der historischen Entwicklung“ bezeichnen. Dennoch bleibt die Tatsache bestehen, daß China ein wirtschaftliches und soziales System geschaffen hat, das sich von dem Rußlands wesentlich unterscheidet und dem klassischen Ideal des Marxismus in mancher Hinsicht näher kommt. Hierin liegt eine Bedrohung des russischen Prestiges als Vorbild für die Bewegung des Weltkommunismus, auch wenn die kommunistischen Führer in Peking keine Konkurrenz mit Rußland wollen. China kann dadurch zu einem Anziehungspunkt für alle Kommunisten in der Welt werden, die ihre kommunistische Überzeugung ernst nehmen. Da die chinesischen Kommunisten geeigneten Antrieb zur Steigerung der Produktion brauchen, kann es wohl sein, daß sie sich enger an die russische Praxis anschließen und das Feuer und die Begeisterung des ursprünglichen „Aufschwunges“ verlieren. Aber das System der Volkskommunen können sie kaum ohne die schwerwiegendsten politischen Konsequenzen ganz fallen lassen. In China Volkskommunen zu schaffen, war in der Tat ein Entschluß am Scheidewege. Ein Zurück gibt es nicht.

### Anmerkung:

G. F. Hudson, Mitglied des Redaktionsstabes „The Economist“, London.

HENRY A. KISSINGER

# Auf der Suche nach Stabilität

Dieser Artikel ist noch vor Ende der Genfer Außenministerkonferenz in der amerikanischen Monatsschrift „Foreign Affairs“ (Juli 1959) veröffentlicht worden. Die darin enthaltenen Ausführungen haben jedoch nichts an Aktualität verloren. Sie geben selbstverständlich nur die persönliche Auffassung Professor Kissingers wieder.

## Keine Lebensfragen aus dem Auge verlieren

Während diese Zeilen niedergeschrieben werden, ist die Außenministerkonferenz noch in vollem Gange. Obwohl sich der Ausgang dieser Konferenz noch nicht mit Sicherheit voraussagen läßt, zeichnet sich doch die allgemeine Entwicklungstendenz des diplomatischen Geschehens in den nächsten Monaten deutlich ab. Der Westen hat ein „Paket“ vorgeschlagen, durch das die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands mit dem der europäischen Sicherheit gekoppelt wurde. Dieses Junktim ist von der Gegenseite abgelehnt worden. Die Sowjetunion hat ihrerseits darauf bestanden, daß die deutsche Wiedervereinigung den beiden deutschen Staaten selber überlassen werden muß, und daß sich die Außenministerkonferenz auf diejenigen Streitfragen konzentriert, die nach Auffassung der sowjetischen Führung wirklich zu „lösen“ sind. Man scheint ganz offensichtlich auf der Gegenseite die Verhandlungskunst, den Einfallsreichtum und vor allem die innersten Überzeugungen des Westens auf die Probe stellen zu wollen. Die Antwort des Westens auf solche Versuche wird daher für die Zukunft der Freiheit in unserem Zeitalter von großer, wenn nicht sogar von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Man kann nur hoffen, daß der Westen in den kommenden Monaten ein wenig mehr Selbstvertrauen an den Tag legt, als das in der unmittelbar hinter uns liegenden Zeit der Fall gewesen ist. In einem Bündnissystem sind Meinungsverschiedenheiten unvermeidlich. Auch können verschiedene Wege, ein bestimmtes Problem anzugehen, den dann schließlich doch noch erzielten Konsensus vielleicht sogar dauerhafter werden lassen. Da in demokratischen Ländern die Politik entscheidend auf die Unterstützung der öffentlichen Meinung angewiesen ist, kommt die politische Willensbildung auf dem Wege öffentlicher Auseinandersetzungen zustande. Dadurch werden dann zwangsläufig vorhandene Meinungsverschiedenheiten überbetont. Selbst wenn wir aber diesen Faktor im Westen in Rechnung stellen, dann haben wir immer noch allen Grund, uns ernste Sorgen zu machen. Die westlichen Verbündeten haben auf die klar zutage tretende Bedrohung ihres Lebensnervs

durch die Sowjets nur sehr zaghaft und unentschlossen reagiert. Bei uns im Westen hat man viel mehr darüber diskutiert, wie weit man in der Konzessionsbereitschaft dem Osten gegenüber gehen darf, als darüber, was nun eigentlich die Ziele sind, die wir ansteuern sollten. Die von den Westmächten bei der Ausarbeitung ihres Paketes an den Tag gelegte, ausgesprochen zögernde Haltung, läßt nicht die Hoffnung aufkommen, daß wir an diesem Paket nun auch mit aller Entschlossenheit festhalten werden. Wenn die in Genf unterbreiteten Vorschläge des Westens heute Gültigkeit haben, dann fragt man sich eigentlich, warum wir nicht die Einfallsgabe aufbrachten und solche Vorschläge zu einem Zeitpunkt unterbreiteten, als noch nicht unter sowjetischem Druck der Verdacht aufkommen konnte, es handele sich im Grunde nur um improvisierte Versuche, aus einer schwierigen Lage wieder herauszukommen.

Für den Westen gibt es in der Tat nichts wichtigeres, als daß er sich endlich über die Ursachen seiner augenblicklichen Schwäche klar wird und aus einer echten Überzeugung heraus Maßnahmen zur Überwindung dieses Schwächezustandes vorschlägt. Ob solche Maßnahmen dann Gegenstand echter Verhandlungen sein können oder nicht, das ist nicht so entscheidend. Lebensgefährlich ist eben nur, wenn man die Komponente eines etwaigen Zustandes der Stabilität mit den Bedingungen verwechselt, zu denen die Sowjetunion bereit ist, abzuschließen. Bei unserem Wunsch nach einem Übereinkommen dürfen wir weder die Lebensfragen aus dem Auge verlieren, um die hier mit dem letzten Einsatz

gespielt werden soll, noch die Ziele, die wir uns selber stellen.

Eine Dauerlösung wird erst dann möglich sein, wenn sich die sowjetischen Führer davon überzeugt haben, daß sie den Westen nicht mit Hilfe seiner eigenen Friedensliebe demoralisieren können. Wenn die Sowjets wirklich ernsthaft einen Krieg vermeiden wollen, dann muß ihnen klar gesagt werden, daß man sich des Mittels der Verhandlungen nicht beliebig lange aus Gründen der reinen Taktik bedienen kann, und daß die dabei etwa erzielten Gewinne verschwindend gering sind im Vergleich zu den Gefahren einer solchen Politik. Unsererseits sollten wir versuchen, den sowjetischen Führern klar zu machen, daß sie eine echte politische Entscheidung zu treffen haben, die wir ihnen nach Kräften erleichtern wollen. Sie müssen nämlich zu der Erkenntnis gelangen, daß durch ihre Politik des ständigen Druckes auf den Westen, alle Völker der Welt noch garnicht abzusehenden Gefahren ausgesetzt werden. Auf der anderen Seite gilt es sie davon zu überzeugen, daß sie ihre eigene Sicherheit durch Verhandlungen erhöhen können, und daß wir im Westen aus einem Geist sowohl der Flexibilität wie der Konzilianz heraus wirklich bemüht sind, echte Garantien gegen Angriffe auf ihr Land ins Auge zu fassen.

Wie ernst ist es nun dem Westen, wenn er sich zum Fürsprecher einer deutschen Wiedervereinigung macht? Welcher Art ist das Verhältnis zwischen Wiedervereinigung und europäischer Sicherheit? Und welche Maßnahmen schließlich kommen in Betracht, wenn es gilt, ganz legitime Besorgnisse der Sowjets in Punkto Sicherheit zu zerstreuen?

## Anerkennung des status quo?

Es wird oft behauptet, daß die Sowjets mit der augenblicklichen Krise unter anderem den Westen zu einer Hinnahme des status quo in Osteuropa zu bewegen suchen. Man legt uns daher nahe, daß wir uns der Macht der Tatsache beugen, die wir ohnehin nicht zu ändern in der Lage sind. (Nebenbei bemerkt ist es doch äußerst zweifelhaft, ob nun die einzig „vernünftige“ Antwort auf gegebene Tatsachen darin besteht, daß man sich ihnen einfach anpaßt!)

Im Hinblick auf das von uns hier angeschnittene, spezielle Problem ist es nun aber sehr wichtig, daß wir zwischen Deutschland und den Satellitenstaaten in Osteuropa unterscheiden. Was letztere betrifft, so hat ja der Westen seit langem die bestehenden Regierungen anerkannt, diplomatische Beziehungen mit ihnen angeknüpft und Handelsabkommen geschlossen. Selbst Wirtschaftshilfe ist diesen Ländern — so etwa im Falle Polen — gewährt worden. Das

Beispiel Ungarn hat schlüssig bewiesen, daß der Westen nicht bereit ist, Aufstände in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang mit eigenen Machtmitteln zu unterstützen. Angesichts solcher Tatsachen ist es eigentlich schwer, irgendeinen Sinn in dem Begriff von der „Anerkennung des status quo“ zu sehen, oder sich überhaupt noch etwas auszudenken, das der Westen noch tun könnte, um sich den bestehenden Verhältnissen anzupassen. Die sowjetische Herrschaft ist vor allem dadurch bedroht, daß die kommunistischen Führer in den Ländern ihres Blocks die eigene Bevölkerung nicht für sich gewinnen können. Die einzig denkbare, zusätzliche Konzession vonseiten des Westens würde also nur darin bestehen können, daß man mit den Russen bei der Unterdrückung der Freiheit gemeinsame Sache macht und somit das Prinzip der Selbstbestimmung aufgibt.

In Deutschland liegt der Fall jedoch völlig anders. Hier ist ein kommunistisches Regime nur in einem Teil des Landes an die Macht gelangt, dazu noch in einem Teil, der sich in seiner kulturellen, ethnischen oder historischen Tradition von Deutschland als ganzem in keiner Weise unterscheidet. Das Problem besteht in Ostdeutschland nicht nur darin, daß man einer feindseligen Bevölkerung eine Marionettenregierung aufgezwungen hat; würde es dort zu einer endgültig separaten Staatsbildung kommen, dann würde dies dem Wunsche der Deutschen nach einer Wiedervereinigung selbst dann noch völlig zuwiderlaufen, wenn es sich um einen nicht-kommunistischen Staat handelte. Sogar Chruschtschow sah sich während seiner letzten Reise durch die Ostzone genötigt, ständig zu wiederholen, daß die Wiedervereinigung das letzte Ziel sei — allerdings erst dann zu verwirklichen, wenn Westdeutschland bereit wäre, das sowjetische System zu akzeptieren. Solange Deutschland geteilt bleibt, muß auch die Stellung der Ostzonenregierung zwangsläufig äußerst gefährdet sein.

Dieses Ostzonenregime ist nämlich einer ständigen Bedrohung ausgesetzt, nicht nur vonseiten seiner eigenen, feindseligen Bevölkerung, sondern auch durch die bloße Existenz eines in Freiheit und Wohlstand lebenden Westdeutschland. Jede westdeutsche Regierung muß sich für die Wiedervereinigung einsetzen. Dabei ist es im Grunde völlig unerheblich, ob diese Regierung ihr Ziel mit Mäßigung und Geduld zu erreichen sucht. Keine westdeutsche Regierung kann die aufgezwungene Teilung des deutschen Staatsgebietes als endgültig hinnehmen, wenn sie sich nicht ihrer eigenen, innenpolitischen Basis berauben will. Ein Bündnis, das dem deutschen Volk einen solchen Preis abverlangen würde, müßte in den Augen dieses Volkes jeden Sinn verlieren. Auch wenn die Bundesrepublik oder die westlichen Verbündeten eine Politik der Selbstbescheidung betreiben würden, so könnte dies nicht über die Erfahrungen der europäischen Geschichte des 19. und der antikolonialen Kämpfe des 20. Jahrhunderts hinwegtäuschen. Diese Erfahrungen zeigen nämlich, daß Regierungen den Drang nach nationaler Unabhängigkeit auf die Dauer nicht ignorieren können. Oder sollten wir etwa unterstellen, daß dieser

Drang nach Selbstbestimmung und nationaler Würde in Europa weniger ausgeprägt ist als in Asien oder Afrika?

Man würde der Bundesrepublik einen vielleicht nie wieder gut zu machenden Stoß versetzen, wenn die Alliierten die augenblicklichen Grenzen als endgültig akzeptieren, und sei es nur in der Form, daß die Wiedervereinigung nicht mehr als vordringlich angesehen wird. Es mag sein, daß die Teilung Deutschlands unvermeidlich ist. Für den Westen hängt aber sehr viel davon ab, ob er klarstellt, warum es nicht zu einer Wiedervereinigung kommt. Wenn wir bei der Hinnahme dieser deutschen Teilung zu viel „Realismus“ an den Tag legen, ermöglichen wir es der Sowjetunion nur, uns mit der Verantwortung für das Nichtzustandekommen der Wiedervereinigung zu belasten. Einen Vorgesmack davon haben wir ja schon durch Chruschtschows Erklärung gegenüber einigen Redakteuren aus Westdeutschland erhalten, daß der Westen sowohl aus wirtschaftlichen wie aus militärischen Gründen ein geteiltes Deutschland

vorziehe. 1) Nichts anderes bezweckte man offensichtlich mit dem Vorgehen der Sowjetzonen-delegation in Genf, die sich ja immer die größte Mühe gab, als Wahrer des deutschen Nationalgefühls aufzutreten. 2) Sollte die Bundesrepublik zu der Erkenntnis gelangen, daß sie eine Wiedervereinigung nicht durch ihre Bindungen an den Westen erreichen kann, dann wird sie eines Tages höchstwahrscheinlich den Versuch unternehmen, durch separate Absprachen mit dem Osten ihr Ziel zu erreichen. Die Sowjets könnten die Wiedervereinigung dann als Lockmittel benutzen, auf diese Weise die Erfolge der europäischen Integration Schritt für Schritt zu nichte machen, und ein allgemeines Wettrennen um die Gunst Moskaus auslösen. Andererseits wäre in einem solchen Falle auch das Wiederaufleben eines virulenten Nationalismus durchaus im Bereich des möglichen. Es ist daher nicht nur um die Zukunft Deutschlands willen, sondern noch entscheidender um des Weltfriedens willen wichtig, daß die Bundesrepublik ein williger Partner der Atlantischen Gemeinschaft bleibt.

## Bolschewistisches Gesamtdeutschland das Ziel

Mit ihrer derzeitigen Politik beabsichtigen die Sowjets noch sehr viel mehr, als nur eine Verewigung des status quo. Offensichtlich sieht die Sowjetunion in der Konsolidierung ihres ostdeutschen Satelliten nicht nur ein Mittel zur Aufweichung der westlichen Einheitsfront, sondern gleichzeitig den ersten Schritt auf dem Wege zu einem bolschewistischen Gesamtdeutschland. „Auf welcher Grundlage sollte es zu einer deutschen Wiedervereinigung kommen?“, fragte Chruschtschow in Leipzig am 7. März dieses Jahres, um dann fortzufahren: „Können wir damit einverstanden sein, daß die kapitalistischen Mächte die deutsche Wiedervereinigung auf Kosten der DDR zustandebringen wollen, um auf diese Weise die Front des Sozialismus zu schwächen? Wir haben in der Vergangenheit nicht den Kapitalisten nachgegeben und wir werden das auch in Zukunft nicht tun. . . Man kann die Frage auch andersherum formulieren: warum sollte man Deutschland nicht dadurch wiedervereinigen, daß man den Kapitalismus in Westdeutschland abschafft und in diesem Teil des Landes die Arbeiterklasse an die Macht bringt? . . . Heute wäre allerdings eine solche Politik unrealistisch . . . Wenn Ihr wollt, daß Eure Kinder und Kindeskinde Euerer einst in Dankbarkeit gedenken, dann solltet Ihr für den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages kämpfen, der einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands darstellen würde. . .“

Der sowjetische Friedensvertragsentwurf steht also nicht am Ende, sondern am Anfang eines ganz bestimmten Prozesses; er stellt eine Maßnahme dar, mittels derer eine taktische Ausgangsposition gefestigt werden soll. Beinahe jede Bestimmung des sowjetischen Vertragsentwurfes bietet Möglichkeiten einer ständigen Intervention. Die von der Sowjetunion vorgeschlagene Konföderation wird nämlich nur solange eine Verminderung der Spannungen mit sich bringen, bis die Sowjetunion bereit und in

der Lage ist, die Wiedervereinigung Deutschlands unter kommunistischen Vorzeichen zu forcieren. Bis dahin würde der ganze Konföderationsgedanke dazu dienen, Westdeutschland zu demoralisieren und von seinen Verbündeten zu trennen. Die Geschichte der Koalitionsregierungen in Polen, Rumänien, Ungarn und selbst China deutet doch ganz klar darauf hin, daß die Kommunisten ihre Anerkennung der Bundesrepublik rückgängig machen würden, sobald sie sich stark genug dazu fühlen. Sie würden dann behaupten, daß ihre Marionettenregierung in Pankow das ganze Deutschland repräsentiere, — genau wie sie dies seiner Zeit mit der Lubliner Regierung in Polen taten. Den Vorgesmack einer solchen Entwicklung haben wir ja schon mit den ungehemmten sowjetischen Angriffen auf die westdeutsche Regierung bei den Genfer Verhandlungen, und mit Chruschtschow's Leipziger Rede bekommen, in der er wörtlich erklärte: „Die DDR ist eine Republik der Arbeiterklasse. Sie ist eine Republik der Arbeiter und Bauern, die Heimstatt aller deutschen Arbeiter.“

In allen Verhandlungen muß der Westen daher die russische Propaganda-Parole, daß die beiden Deutschland selber eine Wiedervereinigung herbeiführen müssen, als glatten Zynismus entlarven. Wenn nämlich das deutsche Volk selber diese Wiedervereinigung herbeiführen soll, dann sind doch freie Wahlen das beste Mittel auf einem solchen Wege. Mit Hilfe einer Konföderation hingegen würde der ostdeutsche Satellit in den Angelegenheiten Westdeutschlands ein Mitspracherecht erhalten. Dieser Satellit könnte dann durch eine Verstärkung der Opposition gegen die jeweilige Regierung das politische Leben in der Bundesrepublik demoralisieren, zumindest aber festgefahrene Zu-

1) New York Times, 16. 5. 1959

2) Zum Beispiel der Vorschlag der DDR Delegation, daß Deutsch als eine der offiziellen Konferenzsprachen anerkannt wird

stände herbeiführen, die für die weitere Entwicklung der Demokratie in Deutschland sehr gefährlich werden müßten. Das ostdeutsche Regime würde sich dann auch mit aller Gewalt für eine Lockerung der von der Bundesrepublik eingegangenen europäischen Bindungen einsetzen können, und zwar mit dem Argument, daß diese Bindungen einer Wiedervereinigungspolitik zuwiderliefen. Wenn die Bundesrepublik es ablehnen sollte, ihre europäischen Bindungen aufzugeben, dann würde die DDR — grade auf Grund der Konföderation international endlich anerkannt — dieser Konföderation wieder den Rücken kehren, und somit aus der ganzen Sache als Anwalt der deutschen Einheit hervorgehen. Würde hingegen die Bundesrepublik den östlichen Schalmeientönen folgen, dann gäbe das dem Mißtrauen des Westens Deutschland gegenüber neue Nahrung, — was wiederum eine weitere Entfremdung zur Folge hätte.

Man kann an dieser Stelle natürlich einwenden, daß sich der Konföderationsgedanke nach zwei Seiten hin ausspinnen läßt. So könnte man argumentieren, daß die Bundesrepublik durch die Schaffung einer gesamtdeutschen Institution in die Lage versetzt werden würde, ihrerseits auf die Geschehnisse im Osten Einfluß zu nehmen. Bei einer solchen Argumentation trägt jedoch der Schein. Der ganze polizeistaatliche Apparat macht das ostzonale Regime gegenüber einem Druck von innen relativ immun, besonders dann, wenn sowjetische Truppen auf deutschem Boden verbleiben. Selbst ohne die Anwesenheit sowjetischer Truppen würde man aber sehr wenig in Punkto einer Liberalisierung des ostzonalen Regimes erwarten dürfen. Das Beispiel Polen kann man in diesem Zusammenhang schlecht zum Beweis des Gegenteils heranziehen. Die Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien haben alle keinen Liberalisierungsprozeß durchgemacht, obwohl die sowjetischen Truppen zurückgezogen wurden. Ja in der Tschechoslowakei standen überhaupt keine sowjetischen Truppen, als sich das kommunistische Regime in den Sattel schwang. In Polen liegen die Dinge insofern ein wenig anders, als hier nationale und religiöse Momente zusammenfielen und ein liberalisiertes kommunistisches Regime begünstigten. Nur auf diese Weise ließ sich die nationale Eigenständigkeit des Landes behaupten. In Ostdeutschland fallen solche Faktoren völlig weg. Ja dort sieht das Volk gerade in dem kommunistischen Regime selber das Haupthindernis auf dem Wege zu einer Erfüllung nationaler Aspirationen.

Bei Verhandlungen über Deutschland muß man somit von zwei scheinbar einander völlig widersprechenden Gefahren ausgehen: entweder der Gefahr, daß man sich doch mit der Teilung Deutschlands abfindet, oder aber der Gefahr, daß der Westen in seinem Wunsch, die Wiedervereinigung auf dem Verhandlungswege zu erreichen, Lösungen akzeptiert, die es den Sowjets ermöglichen, eines Tages die Herrschaft über ganz Deutschland auszudehnen. Tatsächlich ist der westliche Pakt-Vorschlag bedenklich weit in Richtung auf die letztere Möglichkeit gegangen. Eine Kommission von west-

und ostdeutschen Experten zur Erweiterung des Kontaktes zwischen beiden Teilen Deutschlands weist vom sowjetischen Standpunkt aus eine ganze Reihe von Vorteilen auf, die auch in dem Konföderationsplan liegen. Es überrascht daher nicht, daß Herr Gromyko diesen Vorschlag als „konstruktiv“ bezeichnet hat. Auch der Vorschlag einer Volksabstimmung über die rein technische Frage eines Wahlgesetzes kann zu einem Trick werden, mit dessen Hilfe sich der derzeitige Wahlmodus in der Ostzone legalisieren läßt. Solche Bedenken gelten um so mehr, als mit diesem ganzen Vorschlag keinerlei Bestimmungen für einen vorgeschalteten Zeitraum freier politischer Betätigung gekoppelt wurden<sup>3)</sup>.

Für den Westen ist es mithin wichtig, daß er nicht nur die Wiedervereinigung befürwortet, sondern daß er auch in solchen Punkten festbleibt, die sich für ein „Techtelmechtel“ nicht eignen. Wir können durchaus Formeln anbieten, die dem Ziel einer Wahrung des sowjetischen Prestiges dienen — so etwa den Vorschlag, einer Übergangszeit vor der Abhaltung freier Wahlen. Wir dürfen aber nicht das Recht des deutschen Volkes aufgeben, in einer einigermaßen absehbaren Zeit selber über sein Schicksal zu entscheiden. Würden wir je den festen Boden dieses Prinzips verlassen, dann begäben wir uns damit in den Bereich technischer Aushilfen. Und gerade in diesem Bereich würden sich dann den Sowjets eine Fülle von Möglichkeiten anbieten, die Dinge zu manipulieren, oder sich völlig unzugänglich zu zeigen. Keine Wahlformel — mag sie auch noch so subtil erdacht sein — vermag ein russisches Einverständnis zu einer freien Willenskundgebung des Volkes überflüssig zu machen.

Die Sowjetführer werden Ostdeutschland nicht sozusagen aus Versehen aufgeben. Wir leisten weder uns noch der Sache der Verhandlungen einen Dienst, wenn wir so tun, als ob sich eine deutsche Wiedervereinigung durch eine bloße Politik der Raffinessen erreichen ließe. Wir können erhebliche Konzessionen machen, wenn es um den Modus und um den Zeitpunkt von Wahlen geht. Wenn wir aber dem ostzonalen Regime ein direktes oder indirektes Veto in Sachen Wiedervereinigung zugestehen, dann würde das bedeuten, daß wir entweder die Fortdauer der deutschen Spaltung legalisieren — was verheerende Konsequenzen für die politische Stabilität in Westdeutschland mit sich bringen müßte — oder aber es würde bedeuten, daß wir den Weg frei machen für ein kommunistisches Gesamtdeutschland.

## Berechtigte Sicherheitsbedürfnisse beider Seiten

Man hat behauptet, daß alles Gerede von einer „Befriedigung berechtigter sowjetischer Sicherheitsbedürfnisse“ im Grunde jeder realen Bedeutung entbehrt. Die Erfahrungen sowohl des zweiten Weltkrieges wie der letzten zehn Jahre Kalter Krieg sollten uns dieses Problem ein wenig besser verstehen helfen. Ein Abkommen, das den „berechtigten“ Sicherheitsbedürfnissen beider Seiten Rechnung trägt, muß der Sowjetunion Schutz gegen die Gefahr eines neu

Manche Leute behaupten, daß im Grunde niemand die deutsche Wiedervereinigung wirklich wünscht. Sicherlich aber haben wir es doch in der Hand, unsere eigenen Ziele aufzustellen. Wenn der Westen seine eigene Interessenlage richtig deutet, dann muß er sich trotz aller Erfahrungen von zwei Weltkriegen und bei aller verständlichen Furcht vor einem Wiederaufleben teutonischer Blutrünstigkeit für eine deutsche Wiedervereinigung einsetzen. Es mag sein, daß der Westen gezwungen ist, sich mit der Teilung Deutschlands abzufinden, aber er kann einem solchen Zustand auf keinen Fall seinen Segen geben. Jede andere Politik wird uns im Endeffekt nur das bescheren, was wir am meisten fürchten sollten, nämlich eine militante, völlig unzufriedene Macht im Herzen des europäischen Festlandes. Die Wiedervereinigung Deutschlands als diplomatisches Ziel kann in unseren Augen nicht ein Verhandlungsstrick sein, sondern ist im Grunde die Voraussetzung für stabile Zustände in Europa.

Wir dürfen allerdings sicher sein, daß sich die Sowjetunion jeder Form der Wiedervereinigung widersetzen wird, die Gesamtdeutschland im Endeffekt nicht zu einem sowjetischen Staat macht. Der Westen kann sich aber nicht auf Vorschläge beschränken, deren Annahme die Sowjetunion in Aussicht gestellt hat, es sei denn, wir wären bereit, in allen strittigen Punkten die sowjetischen Bedingungen anzunehmen. Flexibilität kann für den Westen nicht bedeuten, daß er das Prinzip der Selbstbestimmung preisgibt. Sollten schließlich unsere Grundsätze überall dort nicht mehr gelten, wo die Sowjetunion es erreicht hat, einen fait accompli zu schaffen? Zweifellos ist eine Anpassung an die Realitäten oft wünschenswert. Wenn wir eine solche Anpassung aber zu einem universalen Prinzip erheben, dann verschreiben wir uns damit selber ein Rezept der völligen Stagnierung. Während der Suez-Krise bestanden wir darauf, daß wir unsere Grundsätze sogar gegen unsere Verbündeten aufrecht erhalten würden. Sollen wir jetzt den Eindruck erwecken, als ob wir diese Grundsätze nur gegen unsere Verbündeten aufrecht erhalten wollen?

Wir sind dazu verpflichtet, verantwortungsbewußte Vorschläge zu unterbreiten, die den berechtigten Sicherheitsbedürfnissen aller Parteien Rechnung tragen. Wenn die Sowjetunion ernstlich um ihre Sicherheit besorgt ist, dann sollte der Westen auf ein solches Sicherheitsbedürfnis in sehr entgegenkommender Weise reagieren. Wie steht es aber nun um die Vorschläge für ein europäisches Sicherheitssystem?

erwarteten deutschen Militarismus sowie gegen einen Angriff aus dem NATO-Raum heraus gewähren. Gleichzeitig aber muß auch der Westen vor dem Risiko eines sowjetischen Druckes und etwaiger sowjetischer Expansionsgelüste gesichert werden. Es trifft zweifellos zu, daß die Sowjetunion auf Grund ihrer in diesem Jahrhundert gemachten Erfahrungen empfindlich geworden ist gegenüber einem militärisch starken Deutschland. Es ist aber genau so wahr, daß seit mehr als 100 Jahren das russische

3) New York Times vom 15. 5. 1959



Imperium in der einen oder anderen Form einen Druck auf alle Gebiete an seiner Peripherie ausgeübt hat, einschließlich des europäischen Raumes. Die Sowjetunion hat ein Recht darauf, Schutz vor der Möglichkeit eines militärischen Angriffes zu verlangen. In einer Gemeinschaft souveräner Staaten läßt sich jedoch eine absolute Sicherheit nur dann erzielen, wenn ein Staat alle übrigen entmachtet. Das aber entspricht genau dem Entwicklungsgesetz der großen Weltreiche in der Geschichte.

Die Stabilität eines internationalen Staatensystems hingegen hängt davon ab, in welchem Umfange es gelingt, das Sicherheitsbedürfnis dieser Staaten mit ihrer Verpflichtung zur Selbstbescheidung zu koppeln. Sich ausschließlich auf einen unbegrenzt guten Willen eines anderen souveränen Staates zu verlassen, würde der Preisgabe jeglicher staatsmännischen Politik und aller nationalen Selbstachtung gleichkommen. Wer auf der anderen Seite Sicherheit allein durch eine physische Beherrschung des anderen zu erreichen sucht, der bedroht damit alle übrigen Staaten. Absolute Sicherheit für einen Staat muß nämlich die absolute Unsicherheit für alle übrigen mit sich bringen. Man kann nicht abstracto entscheiden, an welchem Punkt diese beiden Faktoren gegeneinander ausbalanciert werden müssen. Darin liegt ja gerade der Anspruch der Diplomatie begründet, eine Kunst und nicht so sehr eine Wissenschaft zu sein. Beide Faktoren müssen jedoch in Über-

einstimmung gebracht werden, wenn die internationale Ordnung stabil sein soll.

Von einem solchen Gesichtspunkt aus wird man sagen müssen, daß das revolutionäre Element der sowjetischen Politik bisher nicht darin lag, daß sich die Sowjetunion bedroht fühlte; ganz ausschalten läßt sich schließlich in den Beziehungen souveräner Staaten der Faktor Bedrohung niemals. Bemerkenswert war und ist vielmehr die Tatsache, daß nichts bisher die Sowjetunion von ihren Sorgen um die eigene Sicherheit zu befreien vermochte. Seit dem Ende des 2. Weltkrieges ist der kommunistische Block um Osteuropa und um das kommunistische China erweitert worden. Auch Nordkorea und der nördliche Teil von Indochina sind kommunistisch geworden. Die Sowjetunion verschaffte sich weiter einen Zugang zum Nahen Osten und versetzte sich mit Hilfe ihres neugeschaffenen Atom-Arsenals in die Lage, das Territorium der USA direkt bedrohen zu können. Auch wirtschaftlich gewinnt die Sowjetunion ständig an Boden. Trotz alledem aber haben die Russen nicht im mindesten aufgehört zu behaupten, daß sie bedroht seien. Es ist daher im Grunde zwecklos die Frage zu diskutieren, ob es die Sowjetunion denn nun „wirklich“ auf eine Welteroberung abgesehen hat. Das eigentliche Problem könnte vielmehr darin bestehen, daß die sowjetische Vorstellung von Sicherheit auf die Unterminierung aller übrigen Staaten hinausläuft.

## Mit relativer Sicherheit abfinden

Die Voraussetzung für ein wirksames Sicherheitssystem wäre somit, daß sich die sowjetische Politik mit einer relativen Sicherheit abfindet und von dem gefährlichen Kurs abläßt, Sicherheit durch eine imperialistische Politik erlangen zu wollen. Daneben muß der Westen die bisher für seine Bemühungen um ein Sicherheitssystem charakteristische Politik der Ausflüchte und des Durcheinanders über Bord werfen. Bei dem Mangel an Übereinstimmung über Ziel und Ausmaß der westlichen Verteidigungsanstrengungen ist es an sich nicht überraschend, daß man sich bisher überhaupt nicht über die Grundlinien eines Europäischen Sicherheitssystems schlüssig geworden ist.

Man hat zum Beispiel auch das Argument vorgebracht, daß die NATO bisher einen sowjetischen Angriff verhindert hat, ohne jemals die geplanten Sollstärken erreicht zu haben. Da die Sowjets aber, seit es eine NATO gibt, immer eine Überlegenheit an Bodentruppen aufweisen konnten, ist der Weltfrieden dieser Argumentation zu Folge bisher aus einem der zwei folgenden Gründe — oder aus beiden zusammen — erhalten worden: entweder hat es niemals in der sowjetischen Absicht gelegen, Europa überhaupt militärisch anzugreifen, oder aber die Sowjetunion schreckte vor einem solchen Angriff zurück, weil im Hintergrund die amerikanische Drohung mit dem globalen Krieg stand. Es wird auf dieser Linie schließlich weiter argumentiert, daß es einer Abschwächung der Abschreckung gleichkommen würde, wenn man die Kapazität zur Führung örtlich begrenzter Verteidigungs-Kriege steigert, da

eine solche Form der Aufrüstung nur die Illusion nähren könnte, daß ein Angriff nicht unbedingt einen totalen Gegenangriff zur Folge haben muß. Die Verfechter dieser ganzen Theorie halten den europäischen Raum für so wichtig, daß ihrer Ansicht nach jeder Angriff auf diesen Raum automatisch die amerikanischen und britischen Vergeltungs-Schläge auslösen muß.

Hand in Hand mit einer solchen Argumentation geht die Auffassung, daß ein begrenzter Krieg in Europa „nicht denkbar“ ist. Es muß — wenn man von dieser Annahme ausgeht — dann auch durchaus möglich erscheinen, die sich gegenüberstehenden Streitkräfte physisch auseinanderzurücken, ohne daß dadurch die gegen einen sowjetischen Angriff vorhandene Abschreckung abgeschwächt würde. Natürlich wird die Möglichkeit einer Rückeroberung geräumter Gebiete durch die Sowjets nicht ausgeschlossen. In den Worten von Mr. Kennan könnten die Sowjets dies jedoch *„nur einmal und nur in einem Spiel mit dem größtmöglichen Einsatz tun: nämlich nur dann, wenn es sich um den allgemeinen globalen Krieg handelt.“* Eine massive Vergeltung würde dann — immer dieser Theorie zufolge — die notwendige Abschreckung gegen einen sowjetischen Angriff darstellen, sei es an der Elbe, an der Oder oder aber auch am Bug.

Solcherlei Argumente haben wenigstens insofern einen negativen Nutzeffekt gehabt, als an ihnen deutlich wurde, daß die derzeitige strategische Konzeption der NATO in sich selbst unlogisch ist. Dieses Bündnis-System hat sich

nämlich in erster Linie auf eine Waffe verlassen, die der ausschließlichen Kontrolle von zwei nichtkontinentalen Mächten d. h. der USA und Großbritanniens, unterliegt. Diese Tatsache hat ihrerseits dazu geführt, daß unsere europäischen Verbündeten eindeutige Garantien für das Verbleiben amerikanischer und britischer Truppen auf dem Festland gefordert haben. In diesen Truppen hat man beinahe so etwas wie Geiseln gesehen, die sicherstellen sollen, daß die westliche Vergeltungsmacht wirklich gegen einen sowjetischen Angriff eingesetzt würde. Da man sich auf eine Strategie des „globalen Krieges“ verlassen hat, sind unsere Verbündeten nur sehr zögernd daran gegangen, einen eigenen Verteidigungsbeitrag zu leisten, der allein ein Engagement der anglo-amerikanischen Truppen militärisch wertvoll gemacht hätte.

Nicht allein wirtschaftliche Gründe sind dafür verantwortlich, daß unsere Verbündeten nur mit halbem Herzen an den Ausbau eines eigenen, örtlichen Verteidigungssystems herangegangen sind. Sie haben sich dabei auch von dem Glauben leiten lassen, daß bei größeren Anstrengungen ihrerseits die Vereinigten Staaten und Großbritannien in ihrer Bereitschaft nachlassen könnten, notfalls einen globalen Krieg zu führen, der nach der bisher gültigen, strategischen Konzeption des Westens alleine eine sowjetische Aggression verhindert.

Die amerikanischen und britischen Truppen im Herzen Europas erfüllen somit nicht nur eine militärische, sondern auch eine psychologische Funktion. Für unsere Verbündeten stellen sie einen Beweis unseres Engagements dar, während sie für einen potentiellen Angreifer eine unmißverständliche Warnung bedeuten. Diese ganze Einstellung erklärt aber auch, warum eine Reihe von nachdenklichen Leuten in den Aufrüstungsmaßnahmen unserer Verbündeten auf dem europäischen Festland in erster Linie so etwas wie ein Tauschobjekt gesehen haben. Da man sich hiervon letzten Endes keinen ernstlichen militärischen Gewinn versprach, konnte man auch eine Beschränkung dieser Aufrüstung ins Auge fassen, wenn sich dadurch ein politischer Vorteil erzielen lassen würde. Und schließlich kann ja — nach dieser Theorie der symbolische Charakter der kontinentalen Aufrüstung wettgemacht werden durch eine noch eindeutigere Verteidigungsgarantie von seiten der Vereinigten Staaten.<sup>4)</sup>

Aus der Tatsache, daß diese Widersprüche in der strategischen Konzeption der Nato in den vergangenen zehn Jahren von der Sowjetunion nicht voll ausgenutzt wurden, nun jedoch den Schluß ziehen zu wollen, daß die Sowjets sich auch dann nicht anders verhalten werden, wenn erst einmal ihr Atomarsenal zur vollen Entfaltung gelangt ist — das wäre eine äußerst gefährliche Sache. Tatsächlich scheint ja auch die sowjetische Herausforderung in Berlin das genaue Gegenteil anzudeuten. Es wäre ein schwerwiegender Fehler, wenn man versuchen sollte, die Erfahrungen der ersten zehn Jahre NATO auf eine zukünftige Entwicklung zu projizieren, bei der sehr viel davon abhängen wird, ob sich

4) vergl. Rede von Adlai Stevenson in der New York Times vom 6. 3. 1959

der Westen einer grundlegenden Veränderung der strategischen Gesamtlage anzupassen vermag.

Eine der Schwierigkeiten in unserem Atomzeitalter besteht doch gerade darin, daß jede neue technologische Errungenschaft, kaum, daß sie sich in der Konzeption und Politik der Staaten niedergeschlagen hat, auch schon wieder durch neue Entwicklungen überholt wird. Wir müssen in der Vergangenheit vier Phasen unterscheiden:

**Erstens**, den Zeitraum, in dem die Vereinigten Staaten ein Monopol besaßen sowohl hinsichtlich der Atombomben selber wie auch hinsichtlich ihrer „Bombenträger“.

**Zweitens**, den Zeitraum, in dem unser Monopol an Atomwaffen sein Ende fand, in dem wir aber immer noch einen überwältigenden Vorsprung hinsichtlich der Bombenträger besaßen.

**Drittens**, die Zeit, in der die Sowjetunion damit begann, ein recht beachtliches System der Bombenträger aufzubauen, wir jedoch auf Grund unserer Überlegenheit in Punkto Qualität und hinsichtlich der strategischen Streuung unseres Stützpunktsystems immer noch einen eindeutigen Vorsprung hatten.

## Drohung mit globalem Krieg wird unreal

Wie nützlich auch immer der Faktor einer massiven Vergeltung in dem Zeitraum unseres Atommonopols gewesen sein mag — so mußte der Spielraum zwischen einer gegebenen Provokation und dem tatsächlichen Auslösen der anglo-amerikanischen Vergeltungsmacht in dem Maße zunehmen, in dem sich die sowjetische Kapazität sowohl auf dem Gebiet der Atombomben wie auf dem der Raketentechnik vergrößerte. Mindestens aber war ein potentieller Angreifer dazu berechtigt, eine solche Kalkulation aufzustellen. Unter den gegebenen Umständen wird sich die Drohung mit dem globalen Krieg auf einen immer kleiner werdenden Radius möglicher gegnerischer Maßnahmen anwenden lassen. Die Glaubwürdigkeit einer solchen Drohung wird daher ständig abnehmen, und so wird diejenige Seite, die sich auf das Mittel der Drohung verläßt, in zunehmendem Maße gehemmt werden. Im Endeffekt dürfte das alles viel eher zu einer Politik der Beschwichtigung (des appeasement) als zu einer Abschreckung führen. Die sowjetischen Fortschritte auf dem Gebiet der Raketentechnik haben in einem sehr erheblichen Ausmaße unser strategisches Angriffspotential neutralisiert. Auf diese Weise kann jetzt erstmals die Sowjetunion ihr enormes Übergewicht an Bodentruppen für eine Politik der Erpressung und des Druckes einsetzen.

Wenn wir uns auf einen globalen Krieg so ausschließlich verlassen, dann mindern wir dadurch nicht nur die Glaubwürdigkeit unserer Abschreckungsmöglichkeiten, sondern verurteilen uns selber auch zu einer im Grunde völlig irrationalen Form der Diplomatie. Die Drohung mit einem „globalen Krieg“ kann ja doch nur dann plausibel erscheinen, wenn wir uns in

Und **viertens**, den Zeitraum, in dem beide Seiten sowohl hinsichtlich der Zahl ihrer Atomwaffen wie auch hinsichtlich ihrer Bombenträger anfangen, gleichzuziehen.

Während der Phasen 1) und 2) d. h. also in der Zeit unserer atomaren Überlegenheit, ließ sich unser Vergeltungspotential theoretisch durchaus als eine Abschreckung gegen jede Aggression einsetzen, der Widerstand zu leisten wir entschlossen waren. Dabei handelte es sich um eine positive Abschreckung in dem Sinne, daß wir in unseren Gegenmaßnahmen nicht abhängig waren von dem Ausmaß der eventuellen Bedrohung. Vielmehr mußte es damals unsere erste Sorge sein, daß wir uns erst einmal darüber schlüssig wurden, ob wir überhaupt reagieren sollten. Damals konnte eine Politik der massiven Vergeltung noch einigermaßen wirksam sein, weil unsere vor jedem Angriff geschützte, eigene Position der Drohung mit einem globalen Krieg ein gewisses Maß an Glaubwürdigkeit verlieh. Selbst damals aber ließ sich natürlich unsere Drohung nur auf die wenigsten Streitfragen anwenden, die aller Wahrscheinlichkeit nach Gegenstand einer Auseinandersetzung sein mußten. Und schließlich hat ja auch diese unsere Drohung in keiner Weise die Berliner Blockade und den koreanischen Krieg verhindert.

einer gegebenen Krise so verhalten, als ob wir bereit wären, nüchterne Erwägungen über Bord zu werfen, d. h. wenn wir etwa gar nicht erst die Frage aufwerfen, ob Berlin überhaupt den globalen Krieg „wert“ ist. Eine solche Politik kann auf lange Sicht gesehen nicht von Status-quo-Mächten mit demokratischen Institutionen betrieben werden.

Im Grunde ist es daher sinnlos, daß wir uns weiterhin auf die strategische Konzeption der vergangenen zehn Jahre verlassen. Im Zeitalter des atomaren „Überflusses“ kann die Verteidigung Europas nicht länger auf der Drohung mit dem globalen Krieg alleine basieren. Wenn mit jedem Anwachsen unseres Vernichtungspotentials gleichzeitig auch unsere Hemmungen gegen die Anwendung dieses Potentials größer werden, dann können wir nicht immer von neuem verkünden, daß eine örtlich begrenzte Verteidigung Europas unmöglich ist. Es gibt überhaupt keine einleuchtenden Gründe, warum Westeuropa und die Vereinigten Staaten, deren Reservoir sowohl an Menschen wie an wirtschaftlicher Kapazität dem russischen weit überlegen ist, nicht in der Lage sein sollten, sich sehr viel ernsthafter und erfolgreicher um die Vergrößerung ihres Verteidigungspotentials in einem begrenzten Krieg, besonders auf dem Gebiete der konventionellen Waffen, zu bemühen.

Häufig hört man das Argument, es bestünde eigentlich keine Notwendigkeit mehr, einen militärischen Apparat von entscheidendem Ausmaße auf dem europäischen Festland zu unterhalten, da europäische Stützpunkte für einen globalen Krieg überflüssig geworden seien. 5). Aber

5) vergl. Rede des Ital. Botschafters in der Bundesrepublik Deutschland vor der Universität Frankfurt, FAZ vom 1. 4. 59

es ist doch zweifellos unlogisch zu verlangen, daß die Vereinigten Staaten bereit sein sollten, größere Risiken denn je für ein Gebiet auf sich zu nehmen, das vom strategischen Gesichtspunkt aus betrachtet an Bedeutung verloren hat. Wenn man in einem globalen Krieg auf Europa wirklich verzichten kann, dann müßte eigentlich der Aufbau eines Verteidigungssystems gerade auf örtlicher Ebene noch energischer betrieben werden. Sonst könnte ja die Sowjetunion zu der Annahme verleitet werden, daß die verminderte strategische Bedeutung Europas uns Amerikaner weniger geneigt machen wird, dieses Europa mit zu verteidigen.

Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß der sowjetische Versuch, die NATO zu zerschlagen, eindeutig gegen die örtliche Verteidigungskapazität des Westens gerichtet ist. Die Sowjetunion muß jedoch einsehen, daß wir in der Entwicklung der Dinge bald ein Stadium erreicht haben werden, in dem selbst die Ausschaltung der NATO den auf dem Gebiet der totalen Vergeltung erreichten Gleichstand zwischen den beiden Großmächten nicht entscheidend beeinflussen würde. Die NATO stellt aber in der Tat ein Hindernis auf dem Wege zu einer russischen Eroberung Europas dar, wenn die SU Mittel anzuwenden bestrebt ist, die den Krieg rechtfertigen würden.

Es ist gar nicht nötig, die Grenzlinie zwischen einem begrenzten Krieg und einem globalen Krieg in Europa in abstracto festzulegen. Je stärker die örtlichen Verteidigungskräfte der NATO sind, um so weniger wahrscheinlich dürfte es sein, daß sich die Sowjetunion zu Abenteuern hinreißen lassen wird.

Je wirksamer das ganze Verteidigungssystem auf dem europäischen Festland ausgebaut wird, um so größer müßte auch das sowjetische Angriffspotential sein, das zu einer Niederwerfung der NATO einzuplanen ist. Je näher das erforderliche Potential aber an die Merkmale eines globalen Krieges herankommt, um so eindeutiger wird man die Bedrohung unserer eigenen Sicherheit empfinden, und um so plausibler dürfte dann auch die globale Abschreckung sein. Kurz gesagt: in dem Maße, in dem das Schreckgespenst des globalen Krieges noch furchtbarere Formen annimmt, und daher den Willen lähmt, zu diesem letzten Mittel zu greifen, in demselben Maße muß das militärische Minimalziel des Westens in Europa darin bestehen, den Sowjets klar zu machen, daß sie sehr erhebliche Kräfte einsetzen müßten, wenn sie im Ernstfall die NATO niederringen wollen. Aus einem solchen Einsatz der gegnerischen Kräfte müßte aber dann der Westen zwangsläufig den Schluß ziehen, daß die Sowjets zum Letzten entschlossen sind. Im Zeitalter des atomaren Überflusses brauchen wir also starke örtliche Verteidigungskräfte, wenn die globale Abschreckung überhaupt von Wert sein soll.

Das europäische Sicherheitsproblem läßt sich daher unter folgenden Gesichtspunkten zusammenfassen: 1. Die Sowjetunion kann aus ihrem eigenen Raum heraus ganz Europa bedrohen und bedarf daher zur eigenen Sicherung keiner Bündnisse. 2. Keiner der europäischen Staaten vermag allein einem sowjetischen Druck

zu widerstehen. Sicherheit für sie ist daher gleichbedeutend mit Einigkeit untereinander. 3. Die Drohung mit einem globalen Krieg verliert langsam an Glaubwürdigkeit und strategischer Bedeutung. 4. Die Verteidigung Europas läßt sich nicht alleine von Amerika aus steuern, weil der Angreifer bedrohliche Situationen herbeiführen könnte, die nicht unbedingt eine totale Vergeltung rechtfertigen. Darüber hinaus kann man ja auch selbst im Rahmen eines noch so fest gefügten Bündnisses von keiner Nation verlangen, daß sie in Verteidigung eines fremden Staatsgebietes Selbstmord verübt<sup>6)</sup>.

Es kristallisiert sich somit bei allen Verhandlungen über die Sicherheit die entscheidende Frage heraus, ob auf dem europäischen Kontinent zwei militärische Blöcke denkbar sind, die beide eine Verteidigung gewährleisten, aber mittels eines angemessenen Kontrollsystems ihrer Offensivmöglichkeiten beraubt sind. Ein solches Überwachungssystem darf allerdings nicht — und darauf wird man sehr genau achten müssen — zu einer Auflösung der NATO führen, weil dann die Sowjetunion die europäischen Staaten einzeln unter Druck setzen könnte. Auch darf durch ein derartiges Überwachungssystem nicht die Möglichkeit einer örtlichen Verteidigung ausgeschaltet werden, da das im Endeffekt uns Amerikaner isolieren und unsere Verbündeten demoralisieren würde. Durch ein Inspektionssystem muß vielmehr bewirkt werden, daß sich die Sowjetunion vor einem Angriff aus dem NATO-Raum heraus sicher fühlt. Vor allem aber sollten sich auf diese Weise Fortschritte in der Frage der deutschen Wiedervereinigung erzielen lassen, weil ja die Hauptursache und der wichtigste, potentielle Explosionsherd der politischen Spannungen in Europa beseitigt werden würde. Lassen sich aber alle diese Ziele auf einen gemeinsamen Nenner bringen?

Wir haben oft das Argument gehört, daß die Sowjetunion unter den augenblicklichen Verhältnissen einer deutschen Wiedervereinigung nicht zustimmen kann, weil das die NATO bis an die polnische Grenze vorschieben würde. Die Grenzen der NATO an der Oder zu fixieren, braucht jedoch noch nicht zu bedeuten, daß NATO-Truppen bis an die polnische Grenze vorgeschoben werden. Der westliche Vorschlag in Genf schloß ja ausdrücklich eine solche Möglichkeit aus. Der Westen hätte auch noch weiter gehen und vorschlagen können, daß Ostdeutschland nach erfolgter Wiedervereinigung völlig demilitarisiert wird.

Vorzuziehen wäre allerdings die Lösung, daß ein umfassendes europäisches Sicherheitssystem an den Grenzen eines wiedervereinigten Deutschland zustande kommt. Man könnte etwa vorschlagen, daß nicht-deutsche Truppen genau so weit von der Oder zurückgenommen werden, wie nicht-polnische, und daß der Umfang des deutschen militärischen Potentials dem polnisch-tschechischen sowohl hinsichtlich der Truppenstärke wie der Ausrüstung entsprechen muß. Die amerikanischen, britischen und französischen Truppen könnten zum Beispiel bis hinter die

Weser, und die russischen bis hinter die Weichsel zurückgenommen werden. Die deutschen Streitkräfte im Raume zwischen Weser und Oder könnten mit rein defensiven Waffen ausgerüstet werden, genau so wie die polnischen zwischen Oder und Weichsel. Um die Gefahr eines Angriffes aus dem deutschen Gebiet heraus noch weiter zu vermindern, könnte sich die NATO beispielsweise bereit erklären, auf deutschem Boden nur Waffen bis zu einer Reichweite von 1 000 Kilometern zu stationieren. Alle diese Bestimmungen könnten durch ein Inspektionssystem überwacht werden. Natürlich läßt ein derartiges Schema viele Varianten zu, die alle Gegenstand von Verhandlungen sein könnten, und zwar sowohl in bezug auf die Breite der Pufferzone zwischen den westlichen und den sowjetischen Streitkräften, wie auch hinsichtlich der Waffentypen, die in einer solchen „verdünnten“ Zone stationiert werden dürften.

Vom militärischen Gesichtspunkt aus betrachtet würde eine Lösung, wie sie hier vorgeschlagen wird, offensive Operationen sehr erschweren. Die deutschen Truppen würden etwa die gleiche Stärke aufweisen wie diejenigen der Satellitenländer. Beide zusammen würden eine Pufferzone zwischen dem westlichen und dem sowjetischen Militärpotential darstellen. Gleichzeitig wäre das sowohl auf dem Festland wie auch in Deutschland selber verbleibende Poten-

## Atomwaffenfreie Zone keine befriedigende Lösung

Wenn die Sowjetunion — was durchaus wahrscheinlich ist — alle halbwegs vernünftigen Vorschläge für eine deutsche Wiedervereinigung ablehnt, dann dürfte es zu einer Forcierung der Pläne für verschiedene Inspektionszonen entlang der augenblicklichen politischen Trennungslinie in Europa kommen. Dazu gehören etwa Projekte für ein Einfrieren oder für eine Verdünnung der Streitkräfte. Die Schwierigkeit bei allen derartigen Vorschlägen liegt darin, daß sie alleine das eigentliche Sicherheitsproblem gar nicht entscheidend anpacken: durch sie wird nämlich die Wahrscheinlichkeit einer politischen Umwälzung in Deutschland nicht kleiner, sondern im Gegenteil eher größer. Auch werden weder die USA noch die Sowjetunion daran gehindert, einen plötzlichen Großangriff vorzutragen. Da auf der anderen Seite die derzeitige und wohl auch geplante Stärke der NATO-Truppen ohnehin schon in keiner Weise für offensive Operationen zu Lande ausreicht, würden die meisten Pläne für die Zurücknahme von Truppen lediglich zu einer Schwächung des örtlichen Verteidigungspotentials führen, ohne damit der Sowjetunion zusätzliche Sicherheitsgarantien zu verschaffen. Es würde nämlich auf diesem Wege nicht die defensive, sondern die offensive Ausgangsposition der UdSSR verbessert werden. Selbst ein Einfrieren der Truppenstärken kann dazu führen, daß die NATO daran gehindert wird, sich wechselnden strategischen Erfordernissen anzupassen. Wenn ein solches Einfrieren nicht gekoppelt wird mit einer Herabsetzung der russischen Truppenstärke, dann würde dadurch nur ein Zustand der Ungleichheit verewigt werden. Ein solcher Zustand aber wird in zunehmendem Maße — mindestens

tial immer noch groß genug, um einerseits nicht zu einer Aggression zu verleiten, und andererseits einer solchen Aggression Widerstand entgegenzusetzen, wenn sie doch unternommen werden sollte. Durch seine weitere Zugehörigkeit zur NATO wäre das wiedervereinigte Deutschland gegen jeden Druck vom Osten geschützt, während gleichzeitig die „Verdünnung“ der NATO-Streitkräfte den defensiven Charakter dieses Bündnisses unter Beweis stellen würde. Eine derartige Lösung würde jedenfalls die Hauptursache der Spannungen in Europa beseitigen, sowohl den Westen wie den Osten vor offensiven Operationen des Gegners schützen und schließlich zu einer Zone der Waffeninspektion führen, die — sollte sie sich bewähren — ein Vertrauensklima schaffen müßte, das dann weitere Maßnahmen nach sich ziehen würde.

Bevor jedoch der Westen überhaupt in wirksame Verhandlungen über diese Frage eintreten kann, muß er sich erst einmal eingestehen, daß die bisherige Politik der Ausflüchte und Widersprüche innerhalb der NATO die Sowjets nur zu der Annahme verleiten dürfte, daß ihnen aus einem derartigen Inspektionssystem keinerlei zusätzliche Sicherheit erwachsen würde. Nicht die Stärke der Verbündeten, sondern gerade ihre Schwäche und ihre Unentschlossenheit könnten auf diese Weise erfolgreiche Verhandlungen unmöglich machen.

solange der Vorrat an russischen Langstreckenraketen weiter anwächst — einer Aufforderung an die Sowjets gleichkommen, sich auf militärische Abenteuer einzulassen.

Am häufigsten wird nun aber die Errichtung einer atomfreien Zone im Zentrum Europas vorgeschlagen. Angesichts der Reichweite moderner Geschosse würde jedoch eine atomfreie Zone im Herzen Europas — wenn wir einmal von der Möglichkeit einer Stationierung von Atomwaffen in den Beneluxländern und in Frankreich ausgehen — nicht alleine schon die militärische Gesamtlage entscheidend beeinflussen. Hingegen würde dadurch tatsächlich das psychologische und politische Gleichgewicht gestört werden, da der Angreifer weiter im vollen Besitz seiner Vorräte, das bedrohte Gebiet aber ohne die Mittel für einen Vergeltungsschlag verbleiben würde. Das aber würde die Sowjets einerseits zu einer Politik der Drohungen Mitteleuropa gegenüber reizen, und zum anderen zu dem Versuch einer Aufweichung des westlichen Bündnissystems. Bei diesem letzteren Versuch würden sie sich dann an die über die Atomsprengköpfe verfügenden Amerikaner und Engländer mit dem Argument wenden, daß die jeweils gerade anstehende Streitfrage einen Atomkrieg nicht „wert sei“. Hinzu kommt schließlich noch, daß es sehr schwer sein dürfte, einem sowjetischen Drängen nach Ausdehnung der einmal geschaffenen, atomfreien Zone auf das ganze europäische Festland zu widerstehen.

So lange der Westen seine Verteidigung entscheidend auf den Atomwaffen aufbaut, werden wir es schwer haben, unsere Verbündeten davon zu überzeugen, daß ihre Sicherheit nicht ge-

<sup>6)</sup> vergl. Kissinger „Das Westliche Bündnis und die Raketen“ in Foreign Affairs April 1958

fährdet ist, wenn sie sich auf Waffen anderer Staaten verlassen müssen, d. h. auf Waffen, die auch noch auf fremden Staatsgebiet lagern und fremder Kontrolle unterliegen. Schließlich ist seinerzeit die Schaffung eines britischen Abschreckungspotentials ja ausdrücklich mit dem Argument gerechtfertigt worden, daß diese Abschreckung notwendig sei für Fälle, in denen die USA mit dem eigenen Engagement zögern könnten. Nachdem wir erlebt haben, wie unterschiedlich die augenblickliche Krise innerhalb des westlichen Bündnisses selber beurteilt wird, sollten wir ein wenig mehr Verständnis dafür aufbringen, daß andere, noch unmittelbarer als Großbritannien bedrohte Länder nur sehr ungern von Waffen abhängig sein wollen, die weit weg stationiert sind und bei deren Einsatz sie nicht das geringste Mitspracherecht besitzen.

Die Fragestellung muß also lauten: läßt sich das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Einmütigkeit innerhalb des westlichen Bündnisses so stärken, daß bestimmte Gebiete zu atomfreien Zonen erklärt werden können, ohne daß dadurch unsere Verbündeten ein Gefühl der eigenen Ohnmacht entwickeln, andererseits aber die Russen sich nicht ermutigt fühlen, ihren Druck zu verstärken? Ein Plan, der sorgfältiges Studium verdient, wäre der eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft für Atomwaffen zu schaffen, der auch Deutschland angehören würde. Im Rahmen einer solchen Verteidigungsgemeinschaft würde dann jeder Mitgliedstaat hinsichtlich des Einsatzes der Waffen — wo immer diese auch stationiert wären — ein Mitspracherecht besitzen. Ein solcher Zusammenschluß von Staaten könnte in Verhandlungen mit der Gegenseite über die genaue Lokalisierung ihrer konventionellen Waffen eintreten und als Gegenleistung eine wirklich ins Gewicht fallende Herabsetzung der sowjetischen Streit-

kräfte in Osteuropa fordern. Im Rahmen eines solchen Planes würden schließlich die Staaten ohne eigene nukleare Waffen einen Schutz darin sehen, daß sie über gemeinsame Atomwaffen mit zu verfügen haben.

Ähnliche Grundsätze könnten auch auf andere Waffen-Inspektionspläne angewandt werden. So ließen sich zum Beispiel die Truppenstärken der NATO zwischen Rhein und östlicher Grenze der Bundesrepublik nach oben hin auf denselben Stand begrenzen wie die Truppenstärken der Warschauerpaktstaaten auf dem Gebiete der DDR. Auf diese Weise würde sich in etwa ein ausgewogenes Kräfteverhältnis zwischen den beiden Militärblöcken herstellen lassen. Es wäre aber auch denkbar, daß die NATO und die sowjetischen Truppen 150 Kilometer — um nur eine Zahl zu nennen — von beiden Seiten der Elbe zurückgenommen werden. Gleichzeitig würde eine Inspektionszone zwischen Rhein und Oder eingerichtet werden. Wir müssen jedoch uns selber ehrlicherweise eingestehen, daß es sich bei allen derartigen Plänen letzten Endes um reine Nützlichkeitsabwägungen handelt, und diese Dinge so gut wie gar nichts zu tun haben mit dem wirklichen europäischen Sicherheitsproblem. Würden solche Pläne verwirklicht, dann müßte dadurch der falsche Eindruck entstehen, als ob man Fortschritte gemacht habe, während doch in Wirklichkeit die Lage in ihrem Kern völlig unverändert bliebe. Jede Umdisposition von NATO-Truppen müßte dann wenigstens Hand in Hand gehen mit dem Bestreben, ein stärkeres Gefühl der westlichen Einigkeit auf dem institutionellen Wege zu erzeugen. Mündliche Zusicherungen reichen nicht aus, um unseren europäischen Verbündeten ihr Gefühl der Unsicherheit zu nehmen.

## Rückzug fremder Streitkräfte — ein Schritt zur Wiedervereinigung?

Würde der Rückzug fremder Streitkräfte von deutschem Boden einen Schritt auf dem Wege zur Wiedervereinigung des Landes darstellen? Manche Beobachter glauben, daß ein beiderseitiger Rückzug zum Zusammenbruch, mindestens aber zu einer Ära der Liberalisierung des ostdeutschen Satellitenstaates führen müßte, weil dieses Regime ja ausschließlich mit Hilfe der sowjetischen Bajonette aufrecht erhalten wird. Auf dieser Linie wird dann weiter argumentiert, daß die Errichtung einer kontrollierten Rüstungszone und der Rückzug amerikanischer, britischer und sowjetischer Truppen Hand in Hand gehen müßte mit „irgendeiner Form der Verhandlungen“ zwischen der Bundesrepublik und dem ostdeutschen Satellitenstaat. Ganz vage wird dabei angenommen, daß auf diese Weise die beiden Regime einander näher gebracht werden könnten, was wiederum zu einer Wiedervereinigung auf der Basis irgend wie gearteter, freier Wahlen zu einem völlig unbestimmten Zeitpunkt führen müßte<sup>7)</sup>.

An sich müßte eigentlich jeder, der die Durchführung eines solchen Planes befürwortet, gleich-

zeitig auch Andeutungen darüber machen, wie er sich im einzelnen den Kontakt zwischen den beiden Teilen Deutschlands vorstellt, und auf welche Weise der große Graben zwischen den beiden Systemen überhaupt verringert werden kann. Wie bereits oben dargelegt, sollten wir die Liberalisierung in Polen nicht als Beispiel für eine möglicherweise ähnliche Entwicklung in Ostdeutschland ins Feld führen. Den ostzonalen Kommunisten steht der ganze Apparat eines Polizeistaates zur Verfügung. Der Krenl hat zu wiederholten Malen erklärt, daß er im Falle eines Aufstandes intervenieren würde<sup>8)</sup>. Daß dann auch die Bundesrepublik tangiert wäre, muß als äußerst wahrscheinlich gelten. Zumindest aber würden doch beide deutschen Regierungen, falls sie sich selber überlassen blieben,

8) Zugegebenermaßen hat Chruschtschow diese Feststellungen mit der Zusatzbemerkung eingeschränkt, daß die sowjetischen Truppen nur dann intervenieren würden, wenn die Führer des Sozialismus sie dazu auffordern, oder aber wenn es zu Aufständen kommen sollte, die vom Ausland inszeniert wären. Wir dürfen sicher sein, daß eine ganze Reihe von kommunistischen Funktionären nach dem Vorbilde des Herrn Kadar um Hilfe ersuchen würden. Wie die Beispiele Ungarn und Tibet weiter gezeigt haben, werden Aufstände gegen die kommunistische Herrschaft per definitionem als „vom Ausland inspiriert“ betrachtet

dem nahezu unwiderstehlichen Zwang der gegenseitigen Unterwanderung unterliegen. Ihrerseits müßten dann die anderen Satellitenstaaten alles daran setzen, um die innerdeutsche Rivalität noch zu verschärfen. Für sie ist ja schließlich auf unbestimmte Zeit hinaus ein geteiltes Deutschland die beste Garantie für ihre eigene Sicherheit. Viele Pläne für eine Waffeninspektionszone, die sich vielleicht entlang der Grenzen eines wiedervereinigten Deutschlands realisieren ließen, würden sich zweifellos im Zentrum eines geteilten Landes als unwirksam oder gefährlich erweisen.

Wenn daher nun die Wiedervereinigung von so ausschlaggebender Bedeutung ist, dann erhebt sich die Frage, ob man diese Wiedervereinigung mit der Neutralisierung Deutschlands erkaufen kann. Sollte der Westen von seiner Forderung ablassen, daß ein wiedervereinigtes Deutschland völlig frei über seine Beziehungen zur NATO entscheiden muß, und sollte der Westen etwa dem sowjetischen Vorschlag zustimmen, daß Deutschland der Anschluß an Militärbündnisse verboten sein muß?

Viele Leute im Westen sind für eine Neutralisierung, weil sie glauben, daß Deutschland, wenn es erst einmal den Hauptanteil des NATO-„Schildes“ stellt, stark genug sein wird, um sich mit der Sowjetunion im Alleingang zu arrangieren. Dieser ganzen Argumentation zufolge wäre es klüger, einer solchen Eventualität vorzubeugen, indem man einen Rückzug unserer Truppen jetzt anbietet, weil man ihn uns später vielleicht aufzwingen kann. Sollte nämlich das Bündnis mit dem Westen jemals als ein Hindernis auf dem Wege zur deutschen Wiedervereinigung erscheinen, dann würde dieses Bündnis sehr bald für die Deutschen an Anziehungskraft verlieren<sup>9)</sup>. Anderen Theorien zufolge wird die Sowjetunion niemals eine Liberalisierung innerhalb seiner Satellitenstaaten zulassen, solange auch nur die geringste Gefahr besteht, daß die aus einer solchen Liberalisierung jeweils hervorgehende, neue Regierung der NATO beitrifft.

Natürlich kann man die Tatsache, daß deutsche Truppen bald das stärkste Kontingent einer an sich schon zu kleinen Streitmacht stellen werden, nicht als Rechtfertigung dafür anführen, daß man diese Streitmacht durch einen Rückzug westlicher Truppen noch weiter schwächt. Und wenn tatsächlich die sowjetische Intervention in Ungarn seiner Zeit der Furcht entsprang, daß sich der frühere Satellitenstaat der NATO anschließen könnte, dann sollte man in Gottes Namen den Vorschlag machen, Ungarn anstelle von Deutschland zu neutralisieren.

Dennoch weist auch der Vorschlag einer Neutralisierung Deutschlands als Preis für die Wiedervereinigung einige reizvolle Aspekte auf. Einmal würde ja nun ohne alle Zweifel die deutsche Wiedervereinigung die politische Stabilität in Europa ungemein fördern. Selbst wenn

7) siehe Denis Healy „Disengagement und Deutsche Wiedervereinigung“ in The New Leader 20. 3. 1959

9) vergl. z. B. Fritz Erler in World Politics April 1958 zum Thema „Die Wiedervereinigung Deutschlands und die europäische Sicherheit“.

das Tauschangebot vom Osten abgelehnt werden sollte, dann würde damit ja immer noch ein für alle Mal unter Beweis gestellt worden sein, daß die deutsche Mitgliedschaft in der NATO tatsächlich eine Antwort auf die sowjetische Unnachgiebigkeit darstellte. Der hier be-

reits angedeutete Reiz eines solchen Tauschgeschäftes ist schließlich noch höher zu bewerten, wenn man bedenkt, daß es einer deutschen Regierung ja so gut wie unmöglich wäre, ein ähnliches Angebot vonseiten Moskaus eines Tages abzulehnen.

## Was bedeutet Neutralisierung?

Es ist nun aber sehr wichtig, daß man sich völlig darüber im klaren ist, was genau unter einer Neutralisierung verstanden wird. Man könnte darunter verstehen, daß Deutschland die NATO verläßt, und der Westen seine Truppen aus der Bundesrepublik abzieht, während Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn aus dem Warschauer Pakt austreten und schließlich die sowjetischen Truppen sich aus diesen Gebieten völlig zurückziehen. Oder aber man könnte unter einer Neutralisierung auch nur den Rückzug sowjetischer Truppen nach Polen verstehen. Eine Neutralisierung könnte weiter zu einer so einschneidenden Begrenzung der deutschen Truppenstärke führen, daß Deutschland damit jedes eigenen Schutzes beraubt wäre; sie könnte sich aber auch nur auf Begrenzungen der Truppenstärken in ganz bestimmten Waffengattungen beziehen, oder schließlich auch darauf hinauslaufen, daß man Deutschland das Ausmaß seines Verteidigungspotentials völlig frei stellt, vorausgesetzt, daß es keinem Militärbündnis angehören würde.

Wenn man die sowjetischen Truppen nur bis nach Polen hinein zurücknimmt, und die deutschen Truppenstärke im Sinne des sowjetischen Friedensvertragsentwurfes begrenzt, dann wäre Rußland in der Lage, das unabhängige Deutschland einem ungeheuer starken Druck auszusetzen. Da Deutschland sich dann gegen einen eventuellen sowjetischen Angriff nicht mehr verteidigen könnte, müßte der russische Einfluß allmählich viel stärker werden, als der des Westens. Dabei würde es keine Rolle spielen, ob man die NATO-Stützpunkte einigermaßen zufriedenstellend in den Benelux-Ländern und in Frankreich unterbringen könnte — eine Möglichkeit, die wir ja in Ermangelung exakter Studien noch keineswegs für selbstverständlich halten dürfen. Auf der anderen Seite würde es zu einer Verschärfung der Spannungen in Europa kommen, wenn sich Deutschland aus eigener Kraft gegen einen sowjetischen Angriff schützen könnte. Schließlich aber müßte ein militärisch starkes Deutschland ohne irgendwelche, durch die NATO auferlegten Beschränkungen in den Augen der sowjetischen Satellitenstaaten einen Faktor der Beunruhigung darstellen und diese Länder noch mehr in die Arme der Sowjetunion treiben. Dadurch wiederum könnte der ganze Ostblock an Geschlossenheit nur gewinnen.

Am einleuchtendsten von allen Vorschlägen ist daher bislang der gewesen, die Neutralisierung von Deutschland mit der von Polen der Tschechoslowakei und Ungarn zu koppeln. Das ist im Grunde der ursprüngliche Gaitskell-Plan. Zweifellos würde sich ein solcher Plan nachteilig auf die militärische Sicherheit des Westens auswirken. Gleichzeitig aber wäre das Ende der Spaltung Deutschlands ein politischer Gewinn. Sehr viel würde davon abhängen, ob die NATO

in Westeuropa ein genügend starkes Militärpotential unterhalten könnte, um Deutschland auf diese Weise einen indirekten Schutz zu verleihen. Würde dies nämlich nicht der Fall sein, dann müßte die Verteidigung des europäischen Festlandes ausschließlich von der amerikanischen Vergeltungsmacht abhängen. Und die Rechnung, daß eine Abschreckung, die ohnehin unter den gegenwärtigen Umständen schon an Glaubwürdigkeit verliert, Gebiete schützen könnte, die überhaupt nicht zu dem westlichen Verteidigungssystem gehören, oder von denen die US-Truppen zurückgezogen worden sind — diese Rechnung kann doch einfach nicht aufgehen. Würden wir selbst in Korea Widerstand geleistet haben, wenn der globale Krieg das einzige Mittel gewesen wäre, auf das wir hätten zurückgreifen können?

Gleichzeitig birgt die Idee eines neutralen Gürtels Schwierigkeiten in sich, die weit über das rein Militärische hinausgehen. Die Vorstellung, daß Deutschland, Polen die Tschechoslowakei und Ungarn so etwas wie einen geschlossenen, sowohl vom Westen wie von der Sowjetunion garantierten Block darstellen könnten, wirft doch eine Fülle verwickelter Probleme auf. Die Erinnerungen an den zweiten Weltkrieg und seine furchtbaren Folgen müßten eigentlich Gewähr dafür sein, daß die für eine Neutralisierung in dieser Form vorgesehenen Länder sich niemals als eine Einheit verstehen werden. Es spricht sehr viel mehr dafür, daß die Beziehungen zwischen Deutschland auf der einen Seite und Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn auf der anderen von einer Atmosphäre des Mißtrauens, wenn nicht sogar der Feindseligkeit, und nicht von einem Geist der Kooperation bestimmt sein würden. In einer solchen Situation würden sich den Garantiemächten eine Fülle von Möglichkeiten zur Intervention bieten, gerade auf Grund der Einzelbestimmungen über eine Garantie. In dem Begriff der Garantie ist ja nicht nur die Möglichkeit des Widerstandes gegen eine Aggression enthalten, sondern auch das Recht auf Intervention unter bestimmten Umständen. Herr Erler würde sogar so weit gehen, einseitige Rechte in einem solchen Garantiesystem zuzulassen, um dadurch ein sowjetisches Veto auszuschalten.

Man könnte einen sowjetischen Druck auf das wiedervereinigte Deutschland zur „Wahrung seiner Neutralität“ nur dadurch verhindern, daß man zu einer stillschweigenden Übereinkunft gelangt, wonach Deutschland unter dem Schutz der NATO, und die osteuropäischen Satellitenstaaten unter den Schutz des Warschauer Paktes gestellt würden. Der neutrale Gürtel würde dann praktisch darauf hinauslaufen, daß es entweder zu einer sowjetischen Herrschaft über Mitteleuropa kommt, oder aber eine Lage eintritt, die wir bereits von dem anderen, oben

skizzierten Plan her kennen: es würde dann die Oder Trennungslinie zwischen NATO und dem Warschauer Pakt sein, während gleichzeitig eine Waffeninspektionszone zu beiden Seiten dieses Flusses die Gefahr von Überraschungsangriffen weitgehend ausschalten könnte.

Durch ein solches, genau zu fixierendes Abkommen, würden sich alle Ziele verwirklichen lassen, die man sich so in Punkto Sicherheit von dem Plan einer Neutralisierung versprochen hat, ohne dabei die politische Gefahr heraufzubeschwören, daß der sowjetische Druck auf ein wiedervereinigtes Deutschland gewissermaßen noch legalisiert wird.

Der Westen solle sich aber vor allem auch über die politischen Risiken im klaren sein, wenn er sich für die Verhandlungen über die militärische Neutralisierung Deutschlands entscheidet. Es könnte dabei nämlich unter dem Deckmantel einer Erweiterung des neutralen Gürtels ein Präzedenzfall geschaffen werden, mit Hilfe dessen sich die Vereinigten Staaten allmählich aus ganz Europa herausdrängen ließen. Es wäre auch möglich, daß eine solche Lösung alle bisherigen Erfolge der europäischen Integrationspolitik zunichte machen würde. Die Sowjetunion hingegen, die ja an die absolute Vorherrschaft sogenannter „objektiver“ sozialer Kräfte glaubt, würde sich aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mit einer militärischen Neutralisierung zufrieden geben. Der Kreml, der ja seinerzeit sowohl den Marshall-Plan wie den Gemeinsamen Markt als eine Form des „aggressiven Imperialismus“ brandmarkte, hat in seinem Friedensvertragsentwurf bereits vorgeschlagen, daß es Deutschland verboten sein muß, irgendwelchen Abkommen beizutreten, denen die UdSSR nicht als Signatarstaat angehört. Eine solche Bestimmung aber verurteilt im Grunde die ganze Integrationspolitik zum Untergang. Eine weitere Gefahr, vor der man auf der Hut sein muß, liegt darin begründet, daß die Sowjetunion, wenn sie erst einmal das „Prinzip“ der Neutralität grundsätzlich anerkannt hat, den ganzen Nutzeffekt einer Neutralisierung für sich buchen könnte, ohne dabei den Preis der Wiedervereinigung überhaupt zahlen zu müssen. Das könnte zum Beispiel dadurch geschehen, daß sich die Sowjetunion während der technischen Verhandlungen einfach ad infinitum quer legt.

Schließlich dürfen wir auch eine weitere wichtige Tatsache nicht außer acht lassen, daß nämlich Deutschland im Grunde das „letzte“ Land ist, das man zu einer Politik der Flexibilität auch noch ermuntern sollte. Deutschland's Ausflüge auf dem Wege des politischen Alleingangs im Herzen des europäischen Kontinents haben Europa ja immerhin zweimal innerhalb einer Generation in eine Katastrophe geführt. Wenn Deutschland daher noch einmal in die Lage versetzt wird, daß es sich mit beiden Seiten arrangieren kann — und das wäre ja im Grunde der politische Ausdruck jeder Neutralität — dann würde dieses Deutschland wohl auch zu einer Bedrohung beider Seiten fähig sein, mindestens aber mit einem Frontwechsel drohen können. Ein solches Deutschland aber würde doch kaum der Sache des Friedens und der Stabilität in Europa förderlich sein. Die Politik des Westens muß

somit gänzlich unabhängig von der endgültigen Lösung des Sicherheitsproblems darauf ausgehen, Deutschland als ein williges Mitglied der europäischen Institutionen zu erhalten<sup>10)</sup>.

Wir kommen also zu dem Schluß, daß die Idee eines neutralen Gürtels mit unerhört großen Risiken verbunden ist. Diese Idee ist überhaupt nur denkbar unter folgenden Voraussetzungen:

**Erstens**, wenn sie gekoppelt wird mit einem befriedigenden Plan für die deutsche Wiedervereinigung auf der Basis freier Wahlen.

**Zweitens**, wenn eine eingehende Prüfung zeigt, daß wirklich nennenswerte amerikanische und britische Truppen in den Beneluxstaaten und in Frankreich stationiert werden können; anderenfalls nämlich würde der ganze „neutrale Gürtel“ innerhalb kürzester Zeit nichts weiter als ein politischer Anhang der Sowjetunion sein.

**Drittens**, wenn die vorgesehenen Verhandlungen von vorn herein zeitlich begrenzt werden; sonst würde nämlich die Sowjetunion eine völlige Lahmlegung der NATO und das Ende der europäischen Integration einfach durch endlose Verhandlungen erreichen.

**Viertens**, wenn die westlichen Alliierten unter sich völlig einig darüber sind, daß eine Neutralisierung nur militärische Fragen berührt, und daß die wirtschaftlichen und politischen Bindungen Deutschlands an die anderen europäischen Staaten nicht geopfert werden dürfen, sondern im Grunde noch erweitert werden müßten; wenn man nämlich die deutsche Wiedervereinigung mit dem Verlust der europäischen Integration erkaufte, dann würde der Westen die segensreichsten und konstruktivsten Erfolge über Bord werfen, die seine Politik seit

Ende des zweiten Weltkrieges überhaupt aufzuweisen hat.

**Fünftens**, wenn die übrigen NATO-Mitgliedstaaten glauben, einem Druck vonseiten der Sowjetunion, aber auch einem innerpolitischen Druck zugunsten einer Erweiterung der neutralen Zone auf ganz Europa widerstehen zu können, und

**Sechstens**, wenn Deutschland ein solches Arrangement akzeptiert und sich dadurch nicht von seinen Verbündeten im Stich gelassen fühlt.

Ein Aufzählen dieser von uns als notwendig erachteten Voraussetzungen zeigt, mit welcher ungeheuren Gefahren Vorschläge für einen neutralen Gürtel verbunden sind. Ein solcher Kurs ließe sich noch ansteuern im Rahmen eines Bündnissystems, das von einem Geist der Zusammengehörigkeit und des Selbstvertrauens be-seelt ist. Verbündete jedoch, die von Zweifeln geplagt sind und nicht wissen, was sie eigentlich wollen, können eine solche Politik nicht betreiben. Wenn sie sich dennoch dazu entschließen, dann sollten sie das ohne Illusionen tun, vor allen Dingen aber nicht von vorne herein allen entscheidenden Fragen ausweichen. Wenn auf der anderen Seite das oberste Ziel unserer Politik in der Stabilität zu sehen ist, dann sollten wir den Plan einer Demarkationslinie an der Oder verfolgen, d. h. den Plan, nach dem die Warschauer Paktruppen und die NATO-Truppen gleich weit zurückgenommen werden. In einer solchen Pufferzone müßten sich dann die einem Inspektionssystem unterworfenen deutschen und polnisch-tschechoslowakischen Verteidigungstreitkräfte gegenseitig das Gleichgewicht halten.

## Kein Abkommen um jeden Preis

Wir sehen uns jedoch dem Problem gegenüber, daß die Sowjetunion höchstwahrscheinlich alle Vorschläge ablehnen wird, die mit unseren Werten und Interessen vereinbar sind. In einem solchen Falle müssen wir unbedingt bereit sein, einen Fehlschlag unserer Bemühungen zu konstatieren. Wir dürfen dann nicht ein Abkommen oder auch nur Verhandlungen als Ziel „an sich“ ansehen. Als Antwort an die Adresse der Sowjetunion sollten wir unsere Reihen fester zusammenschließen, auf keinen Fall aber die gegenseitigen Beschuldigungen der letzten sechs Monate fortsetzen. Der Westen muß endlich verstehen lernen, daß seine mangelnde Geschlossenheit die eigentliche Ursache für die fehlende Flexibilität ist; daß erst durch die Weigerung, sich mit den strategischen Tatsachen auseinanderzusetzen, ein Zustand der Schwäche verursacht worden ist, der dann eine sowjetische Politik der Drohungen heraufbeschworen hat; und daß wir schließlich die Ziele der russischen Politik nur schwer beeinflussen können, dafür aber unsere eigenen um so klarer formulieren müssen.

Der Westen sollte sich nicht durch die sowjetische Herausforderung hypnotisieren lassen. Der Spielraum für eine wirklich aktive Politik ist

im Grunde sehr groß, — und zwar gerade auf Gebieten, wo man nicht auf eine russische Zusammenarbeit angewiesen ist, sondern wo es viel mehr auf unsere eigene Phantasie und Dynamik ankommt. Wir denken dabei an die Verbesserungen der Beziehungen sowohl im Rahmen des westlichen Bündnisses selber, wie auch derjenigen zu den jungen Völkern. Insbesondere scheint es höchste Zeit, einmal sehr gründlich die Möglichkeiten der Schaffung von supranationalen Institutionen für die ganze nordatlantische Gemeinschaft zu prüfen. Daß solche Institutionen zunächst einen ausgesprochenen experimentellen Charakter haben müßten, sollte uns nicht abschrecken. Gerade im Westen, wo ja der moderne Nationalstaat das Licht der Welt erblickte, sind die Mängel nationaler Souveränität am dramatischsten zutagegetreten. Isoliert kann kein Land der Nordatlantischen Gemeinschaft seine Probleme lösen oder seine eigenen Möglichkeiten voll ausschöpfen. Die Bemühungen des Westens um die jungen, unterentwickelten Gebiete werden von Zufallsmomenten abhängig bleiben, wenn jedes Mitglied der atlantischen Gemeinschaft in Ermangelung einer allumfassenden Konzeption sein eigenes Programm entwickelt. Auch das Sicherheitsproblem läßt sich letztlich auf der Basis einer ein-

zelstaatlichen Souveränität nicht lösen. Jedes Land würde ja ständig der Versuchung ausgesetzt sein, sich ein „in Ruhe gelassen werden“ entweder zu erkaufen, und zwar entweder durch eine Neutralitätspolitik oder aber wenigstens durch das Abwälzen sowohl der Hauptlasten wie der Hauptrisiken auf irgendein anderes Mitglied der Gemeinschaft. Europa muß heute in der Nordatlantischen Gemeinschaft ein Ventil für seine Energien und Visionen finden, die es in vergangenen Jahrhunderten in überseeischen Abenteuer investierte. Es kann eben seine Sicherheit nur dann gewährleisten, wenn sich die Atlantische Gemeinschaft in zunehmendem Maße als eine geschlossene Einheit versteht.

Solange es dem Westen an Zielstrebigkeit und Zusammenhalt fehlt, wird die Sowjetunion bei allen Auseinandersetzungen den Ball stets zu uns herüberspielen können. Der Westen wird ständig gezwungen sein, Probleme zu „lösen“, die die Sowjetunion selber geschaffen hat. Man wird ständig von dem Westen verlangen, daß er ein sowjetisches Zugeständnis, mit weniger als dem ursprünglich Geforderten zufrieden zu sein, als eine lobenswerte Kompromißbereitschaft applaudiert. Wir lassen uns in unserem Drang, jede Art von Verhandlung vor uns selbst zu rechtfertigen, ja oft dazu verleiten, in rein formellen Schachzügen der Sowjets, oder in einer vorübergehenden Einstellung ihrer Schimpfkanonaden bereits Konzessionen zu sehen. Als zum Beispiel Präsident Eisenhower seine Bereitschaft zur Teilnahme an einer Gipfelkonferenz zu erkennen gab, erklärte er, die russische Note vom 2. März sei „vernünftiger“ gewesen, obwohl im Grunde diese Note alle diejenigen Forderungen wiederholte, durch die die ursprüngliche Krise hervorgerufen worden war. Die einzige „Konzession“ der Note bestand darin, daß die Forderung nach einer sofortigen Gipfelkonferenz fallen gelassen worden war. In ganz ähnlicher Weise feierte die westliche Presse einen Sieg, als Gromyko endlich von seinem Vorschlag abließ, den Ostdeutschen Sitz und Stimme am Genfer Konferenztisch einzuräumen. Tatsächlich aber hatten die Sowjets ihr entscheidendes Ziel erreicht: die Teilnahme ost- und westdeutscher Beraterdelegationen an der Außenminister-Konferenz konnte der ostdeutsche Satellit als einen wichtigen Schritt auf dem Wege zu einer der Bundesrepublik ebenbürtigen, internationalen Anerkennung buchen. Gleichzeitig gewann dadurch die Forderung an Boden, daß die Wiedervereinigung durch direkte Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten selber herbeigeführt werden sollte. Mit derartigen Mitteln können die sowjetischen Führer einen doppelten Vorteil aus ihrer intransigenten Haltung herausholen: zunächst können sie den Westen durch extreme Forderungen in noch größere Unruhe versetzen, um sich dann den Ruf der Konzilianz zuzulegen, die im Grunde aber nur darin besteht, daß man sich auf eine Position zurückzieht, die auf jeden Fall schon weit über die Ausgangslage hinausgeht.

<sup>10)</sup> Nr. 10 ist bereits im Text berücksichtigt worden

Durch diese absichtlich herbeigeführte Konfusion in bezug auf Verhandlungsmodi wird das diplomatische Ringen auf Fragen eingeengt, die den Westen in größte Verlegenheit bringen. Diese Fragen werden nämlich von den Sowjets aufgeworfen, und der Westen fühlt sich dann sofort veranlaßt, über eben diese Fragen in Verhandlungen einzutreten, weil ja — wie man so schön sagt — keine Möglichkeit ungenutzt gelassen werden darf, zu einem Abkommen zu gelangen, und weil man es sehr „ermutigend“ findet, wenn die Russen bereit sind, sich über alles und jedes zu unterhalten. Umgekehrt schreckt der Westen davor zurück, seinerseits Themen zur Sprache zu bringen, die möglicherweise den Sowjets Verlegenheit bereiten können, weil eine solche Politik, wie man wiederum so schön sagt, das Vertrauensklima empfindlich stören würde. Die Diplomatie wird auf diese Weise zu einer Form der sowjetischen Kriegsführung reduziert. Denn wenn wir nur über Fragen verhandeln

## Auf dem verhängnisvollen Wege zur Politik des schlechten Gewissens

Der ganze Formalismus, mit dem der Westen an Verhandlungen herangeht, berechtigt zu der Frage, ob nicht die eigentlichen Schwierigkeiten des Westens in dem Mangel an moralischem Selbstvertrauen bestehen. Nur allzuoft geht man in der an sich durchaus lobenswerten Tendenz, den Standpunkt der Gegenseite zu verstehen, so weit, daß man einfach sein eigenes moralisches Unterscheidungsvermögen aufgibt. Das führt etwa zu dem grotesken Argument, daß die brutale Politik Stalins ein Resultat der Weigerung war, Rußland im Jahre 1923 in den Völkerbund aufzunehmen, oder daß die gegenwärtige, feindselige Haltung Chruschtschows auf die Ablehnung des russischen Abrüstungspaktes vom 10. 5. 1955 zurückzuführen sei<sup>11)</sup>. Die NATO setzt man dann auch mit dem Warschauer Pakt gleich; die britische Landung in Ägypten mit der Unterdrückung des ungarischen Aufstandes durch die Sowjets; oder unsere amerikanischen Stützpunkte in Übersee mit dem ganzen sowjetischen Satellitensystem. In einigen Verlautbarungen des Westens wird dann mit dem Bundeskanzler Adenauer scharfer ins Gericht gegangen als mit Chruschtschow, und ihm der Vorwurf gemacht, daß er die deutsche Wiedervereinigung nur um des Streites willen propagiere, sie aber in Wirklichkeit garnicht wolle<sup>12)</sup>.

In einigen dieser hier angedeuteten Reaktionen spielt natürlich die verständliche Besorgnis mit, daß der Anspruch auf die höheren moralischen Werte in der Forderung nach einem Kreuzzug, und somit in einem Atomkrieg, gipfeln könnte. Diese Haltung ist garnicht so verschieden von derjenigen, die viele ernst zu nehmende Leute

dürfen, die nach Ansicht der Sowjets zu lösen sind, dann kann es doch nicht überraschen, daß sich das Augenmerk der Weltöffentlichkeit auf die Symptome anstatt auf die Ursachen der Schwierigkeiten richtet: d. h. etwa auf die NATO und nicht auf die feindselige Haltung der Sowjets, die ja erst zur Gründung der NATO führte; auf die mehr als unzulänglichen Verteidigungsanstrengungen der einzelnen westlichen Länder, anstatt auf das russische Übergewicht, das diese Verteidigungsmaßnahmen erst nötig machte; oder schließlich auf die Bedrohung des Weltfriedens durch einen Aufstand in anderen Satellitenstaaten, anstatt auf die russische Politik der Unterdrückung, ohne die eine Gefahr eines Aufstandes ja garnicht vorhanden wäre. Auf diese Weise wird dann die Illusion künstlich am Leben gehalten, daß sich der Kalte Krieg einfach durch ein paar Proklamationen beenden läßt.

gegenüber Hitler in den dreißiger Jahren einnahmen. „Auch ich begrüße, was Europa betrifft, den Versuch der Regierung, mit den neuen Staatsmännern Deutschlands in ein Gespräch zu kommen,“ erklärte ein Führer der britischen Labour Party im Jahr 1937. „Jedes Unterfangen, die Schafe von den Böcken zu trennen und die Welt in zwei oder mehr weltanschauliche Lager aufzuteilen, würde sich auf die Zukunft der Menschheit absolut tödlich auswirken<sup>13)</sup>.“

Andere wiederum protestieren gegen die im Westen weitverbreitete Tendenz, komplizierte politische Probleme nur in schwarz-weiß zu sehen und die Politik als solche schlicht und einfach mit der Zusammenballung militärischer Macht gleichzusetzen. In ihren Angriffen auf solche übertriebenen Vereinfachungen laufen viele Kritiker jedoch ihrerseits Gefahr, alle die Welt heute bewegenden Streitfragen in einer einzigen, grauen Tönung zu sehen. Wir können doch bestimmt ein Gefühl der Selbstgerechtigkeit vermeiden, ohne dabei gleichzeitig einer Großmütigkeit zu verfallen, die sehr nahe an das herankommt, was man einen geistigen Überheblichkeitskomplex nennen könnte. Auch in der Ablehnung einer Betrachtungsweise, die alle Streitfragen auf das rein militärische reduzieren will, braucht man doch nicht so weit zu gehen und das Vorhandensein eines Sicherheitsproblems überhaupt leugnen. Der bei uns zu beobachtende Trend, unsere eigenen moralischen Mängel mit denen des Sowjetblocks auf eine Stufe zu stellen, beraubt im Grunde nur den Westen seines Selbstbewußtseins, das er bitter nötig hat, wenn er in Verhandlungen etwas erreichen will. Am Ende dieses Weges steht dann eine Politik des schlechten Gewissens.

Wenn der Westen nicht von wirklich starken Überzeugungen durchdrungen ist, wird er es in der Handhabung seiner Außenpolitik immer

schwerer finden, die Entwicklung der Dinge im voraus richtig zu berechnen. Jede Außenpolitik muß ja letzten Endes von einer richtigen Einschätzung der künftigen Ereignisse, der Intentionen anderer Staaten oder auch nur der Grenzen des Möglichen ausgehen. Da Untätigkeit unter Umständen zu Katastrophen führt, kann es manchmal passieren, daß eine Maßnahme selbst da getroffen werden muß, wo sie auf einer gewissermaßen noch ungesicherten Einschätzung der Lage beruht. Umgekehrt lassen sich schwierige Entscheidungen immer dadurch vermeiden, daß man die jeweilige Lage nach ihren günstigsten Aspekten beurteilt. Hätte sich der Westen zum Beispiel im Jahre 1936 Hitler widersetzt, dann würde man heute wahrscheinlich immer noch darüber streiten, ob er ein mißverständlicher Nationalist gewesen ist, oder aber wirklich eine Bedrohung des Weltfriedens darstellte. „Der Erklärung Hitlers (sein Verhandlungsangebot)“, so sagte Arthur Henderson nach der Wiederbesetzung des Rheinlandes durch deutsche Truppen, „sollte man prima facie Glauben schenken. Herr Hitler hat eine Erklärung abgegeben, bei der er mit der einen Hand sündigte, aber mit der anderen eine Friedenspalme hinhielt, der man sich vertrauensvoll nähern sollte. Vielleicht stellt sich einmal heraus, daß es sich um die wichtigste Geste handelt, die er bisher gemacht hat . . . es ist zwecklos zu behaupten, daß solche Erklärungen nicht ehrlich gemeint sind. Das entscheidende Problem heißt nicht Verteidigung sondern Frieden“<sup>14)</sup>.

In den kommenden Monaten wird man auch bei uns mit dem Argument operieren, daß sowohl wir wie die Sowjetunion unannehmbare Vorschläge unterbreitet hätten, und daß daher die einzig angemessene Lösung in einem Kompromiß zwischen beiden Positionen liege. Wir werden solche Argumente unbeschadet der Tatsache zu hören bekommen, daß man sich damit nur der Notwendigkeit begibt, die Substanz der verschiedenen Vorschläge verantwortungsvoll prüfen zu müssen. Gleichzeitig werden auf diese Weise die Sowjets zwangsläufig ermutigt, weiter extreme Vorschläge zu machen, um auf dieser Basis Kompromisse abschließen zu können. Man wird uns vorhalten, daß der Westen geradezu verpflichtet ist, den toten Punkt durch neue Vorschläge zu überwinden. Man wird sich nicht daran stören, daß ein solches Vorgehen des Westens die unnachgiebige Haltung der Sowjets nur verstärken dürfte; schließlich würde ja so dem Glauben Nahrung verliehen, die sowjetischen Unterhändler würden noch günstigere Bedingungen herausholen, wenn sie nur lange genug ausharren.

Verhandlungen sind das Gebot der Stunde. Es ist aber wichtig, daß man sie ohne alle Illusionen führt. Wir brauchen nicht an einen grundlegenden Wandel in der sowjetischen Einstellung zu glauben, nur weil wir an die Möglichkeit eines Übereinkommens glauben wollen.

11) siehe die Rundfunkrede von Philip Noel-Baker von der Norwegian Broadcasting Company — gedruckt vorgelegt von dem American Friends Service Committee im New England Regional Offices

12) vergl. z. B. den von Norman Thomas verfaßten und von einer Reihe prominenter Amerikaner unterzeichneten Aufruf in der New York Times vom 8. 5. 1959, Seite 15

13) Hansard 330, 21. 12. 1937, Spalte 1841

14) Hansard 309, 10. 3. 1936, Spalten 1976—77

Um zu erfolgreichen Verhandlungen zu kommen, brauchen wir auch keineswegs so zu tun, als ob eine Minderung der gegenwärtigen Spannungen gänzlich im Belieben des Westens stünde. Wenn sich die Sowjetunion auch nur mit der Hälfte ihrer Berlin-Forderungen durchsetzt, dann bedeutet das nicht ein Kompromiß, sondern eine fundamentale und vielleicht tödliche Schwächung der westlichen Position. Der Westen muß sich ein sehr viel ernsteres Ziel setzen, als nur herausfinden zu wollen, was

nun eigentlich die wahren Intentionen der Sowjets sind. Wir werden uns selbst nicht gerecht, wenn wir schon den Wunsch nach einer Minderung der Spannungen, oder nach einer Beendigung des Kalten Krieges, zu einem Ziel unserer Politik machen. Wir haben keine Zeit mehr, über Dinge zu diskutieren, die sich von selbst verstehen. Die Aufgabe des Westens ist es nicht, zu beweisen, daß der Frieden wünschenswert ist — das sollte man nämlich für selbstverständlich erachten. Vielmehr muß der Westen

die Möglichkeiten eines Übereinkommens abtasten, das unsere Sicherheit nicht aufs Spiel setzt, gleichzeitig aber auch mit den von uns vertretenen Werten in Übereinstimmung gebracht werden kann.

---

**Anmerkung:**

*Henry A. Kissinger*, Direktor des Internationalen Seminars der Harvard-Universität; Herausgeber der in Harvard erscheinenden Vierteljahresschrift „Confluence“.

---

*Nachforderungen der Beilagen aus Politik und Zeitgeschichte sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23 zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preis von DM 1,89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 6,— pro Stück einschließlich Verpackung zuzüglich Portokosten an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51*

---

HERAUSGEBER: BUNDESZENTRALE FÜR HEIMATDIENST · BONN/RHEIN KÖNIGSTRASSE 8 5